

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

51. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 8. Mai 1913

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Beramlungs-, Vergütungsinferate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 52

### Aus dem Inhalte dieser Nummer:

**Artikel:** Unsere Tariftgemeinschaft, I—IV.  
**Das Buchgewerbe im Auslande:** Österreich. — Belgien. — Frankreich. — Großbritannien.  
**Korrespondenzen:** Berlin. — Darmstadt. — Duisburg. — Freiburg i. Br. — Grimma. — Hannover. — Krefeld (M.-S.). — Leipzig. — Magdeburg. — Mainz (M.-M.). — Meiblen.  
**Rundschau:** Ferienverweigerung! — Zeitungsjubelium. — Kapitalkonzentration und Fusion im deutschen Zeitungsgewerbe. — Buchbinderstreik in Arnstadt. — Aberflüssige Zerpflückerung der Volksversicherung. — Zur Aussperrung im Malergewerbe. — Unternehmerhochmut und Arbeiterrecht. — Den christlichen Streikführern ins Stammbuch. — Internationale Arbeiterschuhkonferenz. — Gewerkschaftsnachrichten.

### □ □ □ Unsere Tariftgemeinschaft □ □ □

#### Rapport zur diesjährigen Sitzung des Tarifausschusses

#### I.

Der Abschluß von Tarifvereinbarungen ist durchaus nicht identisch mit deren allgemeiner Einführung und Einhaltung. Das erfordert von Seiten der an einer Tariftgemeinschaft Beteiligten ein hohes Maß von Disziplin, und diese setzt wieder ein Verständnis bei den Arbeitnehmern wie den Arbeitgebern voraus für das Wesen und die Notwendigkeit eines von beiden Interessenten getragenen Arbeitsvertrags, das nicht gering zu veranschlagen ist. Es kommt wahrhaftig nicht von selbst, setzt auch nicht mit dem Zustandekommen eines Tarifs ein, sondern will erst anergogen sein. Der Gesichtskreis bedarf da einer beträchtlichen Erweiterung. Manche Überwindung gehört dazu, bis jedem klar geworden, daß bei einem Vertrage nicht die Interessen und Absichten einer Partei auf volle Erfüllung rechnen können, sondern daß jede Gruppe ihre Wünsche auf ein bestimmtes Maß zu beschränken hat. Die Erkenntnis, mit der einseitigen Durchsetzung seiner Forderungen nur den fortgesetzten Widerstand der andern Seite herauszufordern, wie die Erwägung, bei diesem permanenten Kampfe zur Rückeroberung des Abgetrotzten schließlich auch noch von dem zu verlieren, was man als seinen festen Besitzstand anzusehen berechtigt ist, hat eben zu der gegenwärtig allgemein geübten gewerkschaftlichen Taktik geführt, lieber auf dem Vereinbarungsweg etwas von seinem Verlangen abzulassen, dafür dann aber gesichert des Erreichten sich zu erfreuen, als in opfervollem Ringen auch nicht weiter zu kommen, meistens nicht einmal so weit.

Diese von den Buchdruckern eigentlich von jeher, seit dem Jahre 1896 aber deutlicher und konsequenter vertretene Auffassung hat es glücklicherweise dahin gebracht, daß im Jahre 1911 (für 1912 ist das Ergebnis noch nicht bekannt) laut Statistik der Generalkommission 69,9 Proz. von den 9670 gewerkschaftlichen Bewegungen jenes Jahres ohne Arbeitseinstellung verliefen. In dem gleichen Verhältnisse stehen auch die erzielten Erfolge hinsichtlich erlangter Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung. Was die gewiß nicht immer zu vermeidenden Kämpfe einbrachten, bleibt sowohl bezüglich der dafür in Betracht kommenden Personenzahl wie der erkrifteten Vorteile bedeutend hinter dem auf dem Verhandlungsweg Erreichten zurück.

Wenn jetzt nach monatelangen Beratungen und Überwindung erdenklich schwieriger Situationen die Nachricht kommt, daß es im Baugewerbe ohne die Ultima ratio doch noch zu einem friedlichen Abschluß eines neuen Tarifs gekommen ist, so kann man sich dieses Sieges des Tariftgemeinschaftsgedankens

nur freuen. Das Holzgewerbe ist mit einem befriedigenden Ausgange seiner Tariftbewegung ja vorausgegangen. Dagegen zeigen sich die Unternehmer im Malergewerbe immer noch schlecht beraten in ihrem Bestreben, von dem „Tarifloche“ loszukommen. Daß sie bei dem von ihnen provozierten Kampfe die Zeche bezahlen müssen, ist unfaire und auch ganz verdient.

Wer sich den Tassachen nicht eigenfönnig verschließt, für den bedarf es sicherlich keiner Belehrung mehr, aus dem Umstande, daß Ende 1911 in Deutschland 10520 Tarifverträge für 183232 Betriebe mit 1552827 Arbeitern bestanden, die richtigen Schlüsse zu ziehen. Wie sich trotz des konsequenten Widerstandes der scharfmacherischen Großindustriellen die Tariftgemeinschaften durchgesetzt haben, zeigt ein Rückblick auf das Jahr 1907, wo die Zahl der Tarife erst 5324 betrug, die für 111050 Betriebe und 974564 Arbeiter Geltung hatten. Diese Tarifverträge sind fast durchweg von den beiderseitigen Organisationen miteinander abgeschlossen. Es sind an diesen korporativen Tarifen alle nur irgend nennenswerten Organisationen beteiligt. Die freien Gewerkschaften sind darin liberaler als die christlichen, die ihrer Macht, wo sie diese besitzen, gegen eine Minderheitsorganisation gern die Hände schließen lassen. Im Gegenteile zu den korporativen stehen die kollektiven Tarifverträge, die zwischen den Allgemeinheiten der Berufsangehörigen hüben wie drüben vereinbart werden. Sie kommen nicht häufig vor. Der Buchdrucker tarif ist der bedeutendste dieser Gattung; eigentlich nicht nur dieser, sondern überhaupt. Unsere Prinzipalität ist von jeher gegen einen Abschluß von Organisation zu Organisation gewesen. Also liegen auch die Dinge bei uns ganz anders, was namentlich für die sogenannte Frage des Gutenbergbundes von großem Belang ist.

Das konstitutionelle Arbeitsverhältnis wird seinen Weg auch ungeachtet aller vorhandenen und noch auftauchenden Hindernisse weiter nehmen. Ob einmal eine andre, bessere Methode gefunden wird, nachdem die des offenen Waffenganges abgewirtschaftet hat und dieser nur noch als letztes Mittel zur Anwendung kommt, läßt sich nach der Erfahrung von bald 50 Jahren fast bezweifeln. Daß aber auch nach einem Kampfe fast immer von neuem paktiert wird, das haben die Ereignisse zur Genüge gelehrt. Wo dies einmal nicht zutrifft, wird stets die Unternehmerchaft sich in überragender Stellung befinden.

#### II.

In den siebenzehn Jahren einer wirklichen tariflichen Ordnung im Buchdruckgewerbe und des Bestehens einer tatsächlichen Tariftgemeinschaft — die früheren Tarifvereinbarungen mit den von gutem Willen beseelten, aber keine Exekutive besitzenden, deshalb auch ohne größere Wirksamkeit und Erfolge gebliebenen Tarifkommissionen sind nur als Vorstufe zu der gegenwärtigen gefestigten Organisation zu betrachten — haben wir verschiedene Perioden erlebt mit ganz unterschiedlichen Beurteilungen unrer Tariftgemeinschaft.

Wir Buchdrucker haben, obwohl wir doch eigentlich eine immerhin ausreichende tariftgemeinschaftliche Vorbildung genossen hatten, durch mancherlei Irrungen und Wirrungen erst hindurch gemußt, bis die erforderliche Klarheit über das Wesen der Tariftgemeinschaft erzielt war. Auf Gehilfen Seite fand die von

der übrigen Arbeiterchaft und speziell von der sozialdemokratischen Presse in unsern Tarifvertrag hineininterpretierte Harmonieduselei Gläubige genug. Diese „moderne“ Anschauung vermochte jedoch das Gros nicht irrezuführen, denn dieses gab sich keinen Augenblick einem Zweifel darüber hin, daß die Gegenfälligkeit der Unternehmer- und der Arbeiterinteressen auch durch den idealsten Tarif nicht aus der Welt zu schaffen sind. Die anfänglich recht unruhigen oppositionellen Wasser verliefen erst nach sechsjährigem, mit der Zeit immer spärlicherem Fließen. Bei den Prinzipalen rumorte es auch tüchtig. Rheinland-Westfalen schlug im Jahre 1897 seine eignen Seltste auf. Die tarifliche Disziplin war zudem ein Punkt, den in Erinnerung der früheren lockeren Verhältnisse so mancher Prinzipal glaubte entbehren zu können. Der Deutsche Buchdruckerverein verpflichtete alsdann seine Mitglieder auf den Tarif. Unsere Organisation aber leistete dem Bemühen des Tarifamts, der verdienstlichsten Einrichtung der jetzigen Tariforganisation, den Tarif nicht wie früher nur auf dem Papiere stehen zu lassen, von Anfang an jede Unterstützung. Das war die erste Periode — eine Sturm- und Drangzeit für die Tariftgemeinschaft.

Mit 1901 setzte die zweite ein. Sie begann mit einem wahrhaft schauerlichen Hochgericht für den tariflich nicht nur ganz unzuverlässigen, sondern auch direkt als Quertreiber sich bemerkbar machenden Gutenbergbund, der in jeder Weise ein sehr annahendes Benehmen zeigte. Wie bei den Tarifverhandlungen in jenem Jahr unter ungeklärter Zustimmung der Prinzipals — wie der Gehilfenvertreter Geheimrat Bürenstein als Vorsitzender des Tarifausschusses die ganze Scheuerei und das skandalöse Treiben des Bundes gegen die Tariftgemeinschaft amagelte, das steht für alle Zeiten in den Annalen der Tariftgemeinschaft fest. Die rheinisch-westfälischen Prinzipale schwenkten wieder in die Tariforganisation ein und zeigten sich überwiegend dann mit einem Male so verbandsfreundlich, daß unrer Organisation in jener heißen Gegend von diesem offenkundigen Anschauungswandel in erheblichem Maße Nutzen zu ziehen verstand. Auf die Tariftgemeinschaft stiegen damals in der Presse aller Schattierungen begeisterte Dithyramben. Mit der Beilegung des Epithetons „klassisch“ fand ihre allgemeine Anerkennung einen besonderen Ausdruck.

Dann kam der Tarifabschluß von 1906 und damit der Organisationsvertrag. Die Prinzipale waren auf dem Gipfel ihrer Tariftgemeinschaftsbegeisterung und ihrer Sympathie für den Verband angelangt. Einer der führenden rheinisch-westfälischen Prinzipale (Dito) nahm bei den Tarifverhandlungen sogar den Verband gegen den Gutenbergbund in Schutz. Der Verband sei keine sozialdemokratische Gewerkschaft. Der Gutenbergbund solle keine „falschen Darstellungen und Ausstellungen“ unterlassen, sonst wäre er nicht qualifiziert, „zu den vertragsschließenden Organisationen in einer absehbaren Zeit einmal zugelassen zu werden“. Überaus häßlich nannte Herr Otto die Kämpfe, wie sie durch den Gutenbergbund solchermaßen hervorgerufen würden. Der Gutenbergbund lag nun vollständig in der Zeugnisse. Da holten die einige Zeit sich reserviert verhaltenen Großindustriellen des Westens zu einem Schlag aus: Dr. Alexander Tille rief, dem berühmten Vorbilde des Don Quichotte täuschend ähnlich, seine wilden Attacken gegen den Organisations-

vertrag und die Tarifgemeinschaft. Der Arbeitgeberverband für das Druckgewerbe faß sich auf Geheiß der tarifindischen Industriegewerkschaften auf und löste den ungebürdigen Scharfmacherfragen durch mindestens ebenso tolle Kapriolen ab. Der Gutenbergbund aber hatte keine Neigung zu den Hirsch-Duncker'schen mit ihrer bekannten freisinnigen Tendenz mangels der nötigen Gegenliebe mit einmal in brünstige Verehrung der Zentrumsgewerkschaften umgeschaltet und begann nun aus „christlichen“ Hinterladern unser Tarifgebäude zu bombardieren. Die Scharfmacher und die Gewerkschaftsschriften überdosen einander schier an Verunglimpfungen gegen die Tarifgemeinschaft. Schließlich (1907) sahen die Vorstände des Buchdruckervereins und des Verbandes von dem Inkrafttreten des so angefeindeten § 4 des Organisationsvertrags ab. Faktisch hatten die scharfmacherischen Krakeeler und ihre christlichen Spießgesellen damit gar nichts erreicht, denn der § 4 hatte für beide Organisationen gewissermaßen schon pränummerando seine Wirkung getan. Das Jahr 1909 brachte hierauf ein unerwartetes Schauspiel. Mit Hilfe der rheinisch-westfälischen Prinzipale gelang es dem Gutenbergbunde, die von diesem beantragte Abschließung eines besonderen Haftungsvertrags mit dem Deutschen Buchdruckervereine zu erreichen; ursprünglich wollte er in den Organisationsvertrag selbst aufgenommen werden. Allerdings vollzog sich dieser Umfassung unter Donner und Blitzen, aber der Bund, „der größte Gegner, den die Tarifgemeinschaft hat“ (Tarifausschuß 1901), konnte sich zum erstenmal eines „positiven“ Erfolgs rühmen, mochten auch die Bedingungen noch so entsehrend sein. Unter einem wahren Wettstreit zwischen Arbeitgeberverband und Gutenbergbund im Verunglimpfen mittels der Presse und Denunziationen bei den Behörden sowie merklicher Absfärbung scharfmacherischer Tendenzen auf die Prinzipale, dafür aber umso festerer Überzeugung der Gehilfen von der Tarifgemeinschaft ging die dritte Periode zu Ende.

Die Tarifverhandlungen von 1911 sahen alles auf des Meßers Schneide stehen. Hauptsächlich der Einfluß der Verlegervereine, ließ es dahin kommen. Um das schablonierte Verlangen des Gutenbergbundes zu verwirklichen, schickte der Gutenbergbund seine Prinzipale untereinander. Drei von ihnen brachten es jedoch nicht über sich, den Gutenbergbund anders zu bewerten wie seither, sondern stimmten mit den Gehilfenvertretern gegen ihn. Alsdann begann eine noch tollere Verleumdungskampagne. Das Tarifamt sah sich genötigt, gegen die „Eingaben“ des Arbeitgeberverbandes wie des Gutenbergbundes an Regierungen und Behörden zu protestieren. Die „Zeitschrift“ nahm sich die christlichen Gewerkschaften, den Gutenbergbund und die rheinisch-westfälischen Prinzipale ganz gehörig vor (Nr. 36 und 42 v. J.) und argumentierte gegen das Verlangen des Gutenbergbundes auf Gleichberechtigung in den Tarifinstanzen genau so wie der Verband. Das Prinzipalorgan besaß dabei, daß die Leistung des Buchdruckervereins diese scharfe Stellungnahme gegen die verbündeten Tarifgemeinschaftschädiger billige! Deren Denunziationstriebe schuf aber noch andre fieberhafte Zustände. Den Kreis II überkam sein alter Oppositionsgeist und seine alte Verbandsgegnerschaft. In Breslau wurde dann im vergangenen Jahre der allgemeinen Unzufriedenheit mit dem letzten Tarifabschlusse wie der unheil kündenden Stimmung in Rheinland-Westfalen eine Konzession um die andre gemacht: der Rüstungsfonds, der Tarifberatungs-ausschuß, der gewiß eine Verstärkung nicht erleichtern hilft, usw. Trotzdem drohte im Herbst die Bombe im Kreise II zu plagen. Der Gutenbergbund wurde mit ausgepielt, er sollte bis zum 1. April dieses Jahres gleichberechtigt geworden sein. Dem angekündigten Abfalle wurde im Oktober durch ein Kompromiß mühsam vorgebeugt. Die Spannung aber hielt an und wurde größer noch, als die „Zeitschrift“, zu einer entschiedeneren Stellungnahme gegen die Gehilfenschaft gezwungen, die Scharfmacher endlich befriedigte und zeitweise sogar in Entzücken versetzte, was dem Kollegen Döblin zu einer sehr passenden Marginalie in seiner jetzigen Rede vor dem Tarifausschuß Veranlassung gab, und worauf in unserer Artikelserie „Rückblicke und Ausblicke“ auch schon mancher Dämpfer gesetzt worden war.

Wie in einem Kaleidoskope wechseln so die vier Perioden der gegenwärtigen Tarifgemeinschaft vor uns ab. Man sagt ganz richtig, die politische Wage bleibe nicht dauernd im Gleichgewicht, also kann das auch nicht von der Tarifgemeinschaft erwartet werden. Aber wenn es so unsterk zugeht in der „klassischen“ Tarifgemeinschaft der Buchdrucker, wenn die widerspruchsvolle Haltung des einen Teils immer peinlichere Eindrücke hervorruft, der andre dagegen durch eine wirklich klassische Ruhe die Geißer der Unruhe nur zu bannen vermag, dann ist es gut und wohlgetan, den Brand nicht weiter schwelen zu lassen, sondern durch energisches Zugreifen ihn zu erstickten zu suchen.

### III.

Daß zur Vornahme einer Revision des Tarifs der Tarifausschuß zusammentritt und bei dieser Gelegenheit dann alle fristigen Fragen und Zeitvorgänge ventiliert werden, ist ja jedem Buchdrucker geläufig. Aber innerhalb einer Tarifperiode finden auch außergewöhnliche Sitzungen des Tarifausschußes statt. Im Anfangsstadium der gegenwärtigen Tarifgemeinschaft sagte der Tarifausschuß freilich alljährlich. Das war 1897, 1898, 1899 und 1900, und zwar jedesmal im Monate Mai. Unser Tarifgebäude mußte damals noch fester fundamentiert werden. Von da an trat der Tarifausschuß nur noch in den Jahren 1902, 1904, 1907, 1908 und nun im April 1913 zu einer außerordentlichen Tagung zusammen.

Diese neun Tarifausschußsitzungen in sechzehn Jahren sind von ganz verschiedener Bedeutung, was sich aus dem Inhalte, dem Umfange der veröffentlichten Beschlusprotokolle und auch aus dem Umstand ergibt, daß der „Korr.“ es in drei Fällen bei dem bloßen Abdrucke der Protokolle bewenden ließ.

Die Vorbereitungen zu einem Maschinenlehtarife (1898 und 1899) waren wohl die wertvollste Arbeit dieser außerordentlichen Tagungen. Auf der von 1907 spielten die Druckerbestimmungen eine große Rolle. Maßnahmen zur weiteren Durchführung des Tarifs waren in den ersten Jahren ein ganz selbstverständlicher Tagungsordnungspunkt. In der 1898er Sitzung kam es zu einer größeren Bestimmung zwischen der Prinzipalführung und den Gehilfenvertretern. 1908 bildeten Vorgänge in der Berliner Gehilfenschaft den nicht angenehmen Grundton. 1902 nahmen hingegen die Leipziger Prinzipale auf der Anklagebank Platz. Sie bestanden eine eigenartige Auffassung bezüglich der beschlossenen Zulagen für die einige Mark über Minimum Bezahlen, an der der Tarifausschuß dann die notwendige Korrektur vornahm. Außerdem spielte die Lokalzuschlagsfestsetzung bei dieser Einberufung unserer tariflichen Legislative eine erhebliche Rolle.

Interessant ist aber, daß der Gutenbergbund nicht weniger als sieben von diesen neun Sitzungen beschäftigt hat. Und das nicht etwa, weil der Tarifausschuß das Bedürfnis fühlte, mit diesen guten Leuten, die einmal im Salonföne des Fischmarktes, das andre Mal die Sprache demütig begehlicher Lakaien reden, sich zu beschäftigen, sondern sie hatten entweder Beschwerden eingereicht, unbefugtermaßen Anträge gestellt, oder ihr Kerbholz war übervol, so daß der Tarifausschuß wieder ein Machtwort sprechen mußte. Das geschah im besondern wegen seiner Arbeitsnachweise. Die verwunderlichste der bündlerischen Bescheidenheiten war jedenfalls die zur Sitzung von 1900 vorgebrachte, dem Tarifamte sollten zwei Gehilfen delegiert werden, die keiner Organisation angehören, was natürlich heißen sollte: Gutenbergbündler. Selbstverständlich erbarmte sich der Tarifausschuß in der besten Weise dieser bedrängten unverschämten Armen, indem er über ihr nettes Anliegen zur Tagesordnung überging. Die Prinzipalvertreter waren jedoch in betreff des Gutenbergbundes nie ganz kursorisch. So waren sie bei der Tagung von 1900 für eine von der Gehilfenvertretung eingereichte, das Gebären des Gutenbergbundes mißbilligende Resolution absolut nicht zu haben, weil der Tarifausschuß nicht befugt sei, über Organisationen zu urteilen. Ein Jahr darauf, bei der Tarifrevision von 1901, war es aber gerade die Prinzipalweise, die den Gutenbergbund einfach fürchterlich beulte, was übrigens jetzt noch als ein großes Verdienst unsererseits geschätzt wird. Was der Bundes-

vertreter da von kompetentester Prinzipalstelle zu hören bekam, sah denn doch etwas anders aus als eine fadelose tarifliche Vergangenheit, die der Bundessekretär Felder neulich seinem Organisationsbündchen in einer allgemeinen Versammlung in Köln allen Ernstes nachrühmte. Der Gutenbergbund wurde sogar als tarifuntreue Organisation charakterisiert, welche auftreffende Stigmatisierung bei der Tagung 1908 durch eine wenig glückliche Interpretation wieder gegenstandslos gemacht wurde.

Wir sehen also, daß der in den Reihen der Gehilfenschaft vielfach noch immer oberflächlich beurteilte Gutenbergbund sich in jeder Beziehung als Störenfried erwiesen hat, und können sagen, daß die schwankende Haltung der Prinzipalität ihn zu seiner Maulwurfsarbeit eher ermunterte als davon abgehalten hat. Der Bund empfahl sich selbst als Sicherheitsventil, die Prinzipale brauchen aber ein zweites Eisen im Feuer, und sei es auch nur als Popanz dem Verbands gegenüber. Dieser aber hielt konsequent an seinem Programme fest, ließ sich auf keine Konzessionsschulzereien ein und erreichte nicht zum wenigsten durch diese Politik der Beharrlichkeit, daß der Gutenbergbund trotz aller offenen und versteckten Protektion in seinem nun zwanzigjährigen Bestehen es nur zu einer Mitgliederzahl brachte, die vor dem großen Wettstreit vor zwölf Jahren sogar etwas größer war.

Dieser nicht zu unterschätzende Erfolg ist das sprechendste Zeugnis für die Richtigkeit unserer Verbandsaktive. Wer aber würdigt das? Würdigt es im besondern noch hinsichtlich der Intakthaltung unsrer Tarifgemeinschaft? Den Gutenbergbund in dem von ihm gewünschten Maße mißsprechen lassen, würde die Tarifgemeinschaft zum Verstand bringen, sie nur noch für die Prinzipale begehrenswert machen.

### IV.

Der Tarifausschußsitzung am 21. und 22. April dieses Jahres wird bei ihrer Anberaumung schwerlich eine so große prinzipielle Bedeutung beigegeben sein. Da über diese wichtige Tagung ein Protokoll in ausnahmsweiser Fassung veröffentlicht worden ist, das dem Leser ein fast kömmentarloses Verstehen der Verhandlungen ermöglicht, so haben wir davon ab, im unmittelbaren Anschlusse die Dinge noch etwas deutlicher zu beleuchten. Wir hatten nämlich die Absicht, erst einmal das Urteil derselben Presse abzuwarten, die vor der Tarifausschußsitzung sich verhalten ließ, die Öffentlichkeit über die Verhältnisse in der Tarifgemeinschaft der Buchdrucker total zu täuschen. Diese Blätter waren eben einer geradezu strafbaren Vorpieglung falscher Tassachen durch den Gutenbergbund zum Opfer gefallen. Soweit wir indes bis zum Abschlusse dieser Nummer sehen konnten, ist die vorherige große Geschwähigkeit einer berechneten Schweigekammer jetzt gewichen, was allerdings ebenfowenig zu entschuldigen ist.

In der Tarifausschußsitzung 1913 konnten weder Änderungen am Tarife vorgenommen, noch grundlegende Beschlüsse gefaßt werden. Wir wissen, daß man mehrfach auch unter uns der Ansicht war, der Tarifausschuß könnte einige (allerdings recht erwünschte) Wunderkuren vornehmen. Davon konnte keine Rede sein. Wenn es gelungen ist, die Situation einigermaßen zu klären, dann wäre der Tarifgemeinschaft durch diese Tagung viel gedient, die, wie Herr Dr. Petersmann ganz richtig in Köln vor vier Jahren sagte, durch die Frage des Gutenbergbundes zu einem Tummelplatze geworden ist „von Parteien und Arbeitergruppen, die im Grunde genommen nichts damit zu tun haben, und dadurch würde auch Unfrieden in unser Gewerbe getragen“. Daß der Gutenbergbund und seine Hintermänner sich an diese Warnung, von ihrer Heßpolitik abzulassen, nicht kehrten, ist ebenso bekannt, wie der Bund die bei Eingehung des Haftungsvertrags mit ihm auferlegte Verpflichtung, seine Geschäfte selbst zu besorgen, ebenso frivol mit Fischen getreten hat wie ehemals die Vermahnungen zur Tarifreue. Würden unsre Prinzipale sich von dem Beispiele der Buchbindermeister eines Bessern belehren lassen, die bei der letzten Tarifbewegung das christliche graphische Bündchen mit seinem gutenbergbundähnlichen Verlangen einfach unter den Tisch sausen ließen, dann wäre unsre Tarifgemeinschaft allerdings nicht zum

Zummelpflege hoffnungsvoller oder ausgewachsener Demagogen geworden.

Auf der einen Seite also die von der Prinzipalität in fast allen Sachen gezeigte größere Schroffheit in Verbindung mit der Verwirklichung der genügend bekannten Breslauer Beschlüsse, dazu eine Stellungnahme der „Zeitschrift“ zur Gehilfenschaft, die ganz ungewöhnlich erschien, auf der andern eine vom Gutenbergbunde mit unläuteren Mitteln bewerkstelligte Mobilisierung der Presse fast aller Richtungen gegen die Tarifgemeinschaft und den Verband, das waren die Hauptpunkte der diesmaligen Tarifausschüßung. Was sonst noch auf der Tagesordnung sich befand, hatte nicht diese Wichtigkeit. Einzelnes trat allerdings mehr aus dem Rahmen heraus. Das vielerlei Andre drehte sich zumeist um Entscheidungen des Tarifamts, mit denen teils Prinzipals-, zumeist aber Gehilfenkreise nicht einverstanden waren, ferner um Unklarheiten, die sich ja nie ganz vermeiden lassen, dann aber auch um Wünsche und Anträge der Gehilfen verschiedener Orte, denen jedoch nicht stattgegeben werden konnte, weil damit materielle Änderungen des Tarifs verbunden gewesen wären, was innerhalb einer Tarifperiode nicht angängig sein kann. Die Prinzipalspartei könnte ja dann auch mit ihren Anliegen kommen, und da könnten wir Gehilfen etwas erleben! Wenn in diesen Fällen der Auffassung des Tarifamts beigetreten wurde, dann war es so das Beste. Von den betreffenden Kollegenkreisen hoffen wir, daß sie dieser Erledigung das nötige Verständnis entgegenbringen. Einige der nicht solchermassen verabschiedeten oder zurückgezogenen Punkte wurden dem Tarifamt zur Prüfung und zum eventuellen Vorschlag überwiesen. Daß auch die technische Entwicklung in die Debatten mit hineinzieht und dabei sich keine günstigen Perspektiven offen, wird nach der im „Korr.“ genügend erörterten Lage der Verhältnisse begreiflich erscheinen. Wenn die Gehilfenschaft in dieser Richtung sich auch nicht dem entziehen kann, was die vorwärts stürmende Technik uns an Problemen und Aufgaben der Zeit bringt, so ist dadurch doch nicht gesagt, daß sie in allem mit den Ansichten oder gar Absichten der Prinzipalität konform geht. Die Praxis muß uns da eben die richtigen Wege finden lassen.

Die Gehilfenvertreter hatten die prinzipielle Bedeutung dieser Tarifausschüßung in dem von ihnen beantragten Punkt erfaßt: „Besprechung aller Vorgänge auf tariflichem Gebiete während der laufenden Tarifperiode; eventuelle Stellungnahme hierzu“. In einer ausgedehnten Vorbesprechung — zu einer Ausschüßung innerhalb einer Tarifperiode hat noch niemals eine so eingehende vorherige Aussprache stattgefunden — wurden alle Momente reiflich erörtert und einmütig kam zum Ausdruck, daß man, unter allen Umständen von der Prinzipalität Klarheit haben müsse, wohin die Fahrt gehen soll.

Kollege Döblin entledigte sich des ihm erteilten Mandats gleich zu Beginn des ersten Sitzungstags mit großem Geschick. Eine solche Rede ist jedenfalls noch nicht im Tarifausschusse gehalten worden. Was unser Verbandsvorsitzender da während seiner etwa dreiviertelstündigen Ausführungen den Prinzipalen zu Gemüte führte und dem Gutenbergbund an Wahrheiten sagte, war eine Anklagerede, von der jedes Wort saß. Das ihm zur Verfügung stehende reiche Material war hieb- und stichfest und verfehlte nach beiden Richtungen seine Wirkung nicht. Das Protokoll ist ja so ausführlich gehalten, daß auch der an den Verhandlungen Unbeteiligte sehr wohl ermessen kann, welchen Eindruck diese Darlegungen von einem Manne machen mußten, der ein Menschenalter für die Tarifsache mit aller Kraft gewirkt hat. Bei aller Deutlichkeit, die in dem Protokolle freilich nicht so in die Erscheinung treten kann, selbst deshalb auch der warme Inferton nicht. Dadurch wurde die Wirkung nur noch größer, denn die Prinzipale merken es sehr wohl, daß da jemand sprach, der mit Leib und Seele in der Sache lebt, die er gefährdet sieht. Gefährdet sieht einmal durch Einschlagen einer falschen, von Nutzenstehenden divergierenden Richtung bei unsern Prinzipalen, zum andern durch die böswillige Schmähsucht und offenkundigen Nichtswürdigkeiten des Gutenbergbundes und seiner Büchsenpanner. Hart schlug das Wort Denunziation wiederholt an das Ohr. Treffend kennzeichnete

Döblin die Unfähigkeit der Prinzipalität gegenüber den Verdächtigungen und Verleumdungen der Tarifgemeinschaft und der Tariforgane durch den Bund, verwies auf die Nervosität der Prinzipale, wenn im Verbandsrat eine Opposition zeigte, und führte ihnen vor Augen, wie wir mit solchen Strömungen noch immer fertig geworden sind, erklärte ihnen aber auch unumwunden, wie schwer es falle, angesichts dieser die größte Mißstimmung bei den Gehilfen erregenden Vorgänge, wobei der Kreis II naturgemäß häufigere Erwähnung fand, und dieser auffälligen Vorbereitungen zum Tarifablauf im Jahre 1916 67000 Mann die Ruhe nicht verlieren zu lassen. Die reinliche Scheidung des Verbandes vom Gutenbergbunde betonte er mit größter Schärfe, wie er dessen Gebahren seit 1911 und das „Zutreffende“ der von dieser sogenannten christlichen Organisation gegen den Verband erhobenen Anschuldigungen in einer Beleuchtung zeigte, die wohl auch den von den bewußten „Gründen der Gerechtigkeit“ überzeugtesten Prinzipalen eine gesunde Gänsehaut verursachte. Wie eine Sensation wirkte dann die Erklärung, der Verband werde seine Vertreter in den Tarifsinstanzen zurückziehen, um die allen Denunziationen preisgegebene Tarifgemeinschaft vor diesen böswilligen Angriffen zu schützen. Der Gutenbergbund wäre dann nicht mehr benachteiligt, dann sei er zu seinem „Rechte“ gekommen.

Man muß wissen, welches Ansehen Döblin bei den Prinzipalen genießt und wie sein Wort bei ihnen in die Waagschale fällt. Wenn nach dieser großen und scharfen Anklagerede ihm dennoch auch von den Prinzipalstämmen Beifall entgegenfiel, so war das ein untrügliches Zeichen, daß man auf der andern Seite sich endlich klar geworden, an welchem gefährlichen Punkte die Dinge angelangt waren. Der gesunde Sinn ist trotz der von außen in unser Gewerbe verpflanzten Scharfmacherei, trotz Breslau und auch trotz des nicht mißzuverstehenden Interesses für den Gutenbergbund doch nicht bei allen Prinzipalen geschwunden. Man hätte sonst auch nicht dem Kollegen Döblin zu verstehen gegeben, welche tiefen Eindruck seine Ausführungen auf die Prinzipale gemacht haben, und würde das nicht dabei nochmals ausgesprochen haben.

Wir sind selbstverständlich gezwungen, uns an das veröffentlichte Protokoll bei unsrer Besprechung der Tarifausschüßung zu halten, aber es dürfte trotzdem nicht als illoyal angesehen werden, wenn wir einschalten, daß Kollege Eißler den Prinzipalen ein Bild aufstellte, zu welchen enormen Leistungen auf dem Unterstützungsgebiete der Verband in den letzten fünf Jahren gezwungen wurde, und daß daher unsere Fonds mit der vom Deutschen Buchdruckervereine seit Breslau betriebenen Ansammlung großer Summen nicht identifiziert werden können. Wenn der Fonds für besondere Zwecke dadurch auch um nichts gegenstandslos geworden ist, so hat diese Gegenüberstellung keineswegs geschadet. Auch das war deutlich zu merken.

Der Gutenbergbund hatte in seiner durch ihre unverkorene Dupierung der Presse berühmten Denkschrift eine Reihe von Forderungen aufgestellt, die mit zwei Ausnahmen materielle Tarifänderungen bedingten. Wie aus dem Protokolle zu ersehen, war der Tarifausschuss aber peinlichst bedacht, was im besonderen von den Prinzipalsvertretern gilt, an dem 1911 Beschlossenen bis 1916 nicht zu rütteln. Deswegen blieb im § 13 sogar eine als irrtümlich anerkannte Fassung unverändert bestehen. Mit der den Bundesleuten nun einmal eignen Dreifigkeit nahmen sie auf den Grundsatz der Unabänderlichkeit der tariflichen Bestimmungen bis zur nächsten Tarifrevision aber keinerlei Bedacht, sondern deduzierten gegen alles Rechtsempfinden und jede Logik:

daß nach § 85 des Tarifs zur Zuständigkeit des Tarifausschusses die Beschlußfassung von Maßnahmen zur Durchführung des abgeschlossenen Tarifs gehört und die Zulassung von Vertretern untreifig zu einer derartigen Maßnahme zu zählen ist.

Trotz dem aus dieser halsbrecherischen Definition höchst eigenmächtig hergeleiteten „Rechte“ war der Gutenbergbund aber noch die Bescheidenheit selbst, denn im „Typ.“ hieß es:

Der Gutenbergbund beschränkt sich dabei nur auf solche Wünsche, die sich in allen Fällen ohne Abänderung der vom Tarifausschuss im September-Oktober 1911 beschlossenen Bestimmungen erfüllen lassen.

Daß der Bund sich in keiner Weise an das Kommando vom Oktober v. J. zwischen dem Vorstände des Deutschen Buchdruckervereins und dem Kreise II stürzte, das ihm Sitz und Stimme im Tarifausschusse durch die nächstmalige Tarifrevision gewährt wissen will, geht klar und deutlich aus seinen „beschränkten“ Wünschen zur Tarifausschüßung hervor, die etwas unklar aber sonst lauten, im Effekt aber doch auf die völlige Gleichberechtigung mit dem Verband in den Tariforganen hinauslaufen. Die ganze Beschränkung liegt vielleicht — dieses Wort ist zu besorgen! — darin, daß er im Tarifausschuss und Tarifamt sich auf einen Vertreter kapriziert, in die Schiedsgerichte will er aber unbedingt hinein. Bei etwa 15 bündlerischen Klagenfällen zusammen im Jahr und angesichts der Lasten, daß der Gutenbergbund in etwa zwei Drittel der Schiedsgerichte gar keine Vertreter entsenden könnte, weil ihm an den Sätzen derselben die Mitglieder vollständig fehlen, ist das sicherlich überbescheiden. Was diese christliche Bescheidenheit in allen Fällen ohne Abänderung des Tarifs für sich heraus schlagen wollte, hätte in fünf Paragraphen grundlegende Änderungen bedingt! Es ist bemerkenswert, daß auch die „Soziale Praxis“ diese niedliche Rechtsumkehrung „im Verwaltungswege durch Ausführungs- und Auslegungsvorschriften“ für opportun hält, worauf wir noch in einem andern Kapitel zu sprechen kommen.

Herrn Thraner lag es ob, diese edle Dreifigkeit mit dem tatsächlichen Stande der Dinge in Einklang zu bringen. Das fiel ihm aber gar nicht ein. Er sprach von dem „guten Rechte“, Sitz und Stimme in den Tariforganen zu erhalten und wusch und wusch den Mosenknaben Gutenbergbund, ohne ihn jedoch nur um einen Schimmer weißer zu bekommen. Es hätte nur noch die Behauptung gefehlt, der Gutenbergbund habe doch die Tarifgemeinschaft in seinem Organe wie in seinen Preaktionen über alle Maßen verherrlicht und dem Verbands nur begehrteste Lobeshymnen gewidmet. Wenn man den Herrn Thraner so sprechen hört, wird einem die ganze Hohlheit und Verschlagenheit der bündlerischen Machenschaften noch mehr gewahr. Es geht bei diesen Leuten niemals ohne grobe Unwahrheiten ab. Da wahr er bei der Münchner Sachhaltungslegenheit — einer reizenden Denunziation gegen den Münchner Prinzipalsvertreter, die diesen verständlicherweise aber auch nicht abhielt, dem Gutenbergbund in Sachen seiner angemakten Vertretung in den Tarifsinstanzen förmlich eine Brücke zu bauen — etwas dazwischen, als hätte der in München erscheinende „Arbeiter“ (katholisches Arbeitervereinsblatt) die Geschichte zuerst herausgesteckt. Tatsache ist indes, daß der „Typograph“ diese Denunziation gegen Herrn Grahl wegen „behördlicher Förderung einer sozialdemokratischen Gewerkschaft“ am 29. November brachte, der „Arbeiter“ sie aber erst am 5. Dezember unter ausdrücklicher Berufung auf das Bundesorgan veröffentlichte. So im Tarifausschusse zu operieren, ist sonst nicht üblich. Das Tarifamt, dem der Gutenbergbund niemals zu nahe getreten sein will, verdächtigt er in einem Atemzug einer noch ungeroheren Schandtat. Dieses soll in seiner an den Reichskanzler und die Bundesregierungen auf die haarsträubende Petition des Arbeitgeberverbandes verfassten Gegeneingabe vom Gutenbergbund als von einer sogenannten christlichen und nationalen Organisation gesprochen haben. Das entspricht wiederum nicht der Wahrheit. Die „Zeitschrift“ gebrauchte vielmehr bei ihrer Abkündigung des Gutenbergbundes in Nr. 36 v. J. diese Redewendung, und dieser Artikel hatte, wie später das Prinzipalsorgan mitteilte, die ausdrückliche Genehmigung der Vereinsleitung! Daß Herr Thraner, der so unvorurteilhaft als nur möglich von unserm Kollegen Döblin abstach, mit einer Verbeugung vor den Prinzipalen sein Vaterland zu retten glaubte, war ja vorauszusehen. So kläglich hatten sich diesen Versuch aber wohl auch andre Leute nicht vorgestellt.

Die Prinzipale verließen lange Zeit gefondert über die neue, total veränderte und diffizile Sachlage. Als ihren Sprecher schickten sie dann Herrn Dr. Petersmann vor, der in seiner sympatischen Weise zunächst anerkannte, daß sich Döblin großer Sachlichkeit befleißigt habe. Das wollte aus zweierlei Gründen etwas besagen, denn, wie schon gesagt, war dieser sehr deut-

lich geworden, und dann hatte Herr Thranert gegen die „Verleumdungen“ von Döblin laut, sogar sehr laut protestiert. Was Herr Dr. Petersmann zu erklären hatte bezüglich der Stellung der Prinzipalität zur Gehilfenschaft, war im Grunde genommen eine Wiederholung des der Verbandsvertretung in Leipzig im Oktober v. J. vorgelegenen Standpunktes. Nur klang unfres Erachtens diesmal die Versicherung, man wolle friedliche Verhältnisse mit der Gehilfenschaft und auch weiter mit ihr scheidlich und friedlich zusammenarbeiten, etwas überzeugender. Der Gutenbergbund aber erhielt eine glatte Abfage. Bis 1916 könne überhaupt nichts geändert werden. Die Prinzipale würden wohl für die ihm gebührende Vertretung eintreten, aber ausdrücklich wurde betont, daß nur eine seiner Mitgliederzahl entsprechende verhältnismäßige in Frage komme, jedoch von des Gutenbergbundes weitgehenden Forderungen keine Rede sein könne. Das war kurz gefaßt die Unterstreichung der beim „Leipziger Oktoberfrieden“ gefundenen Formel: Sitz und Stimme im Tarifausschuß. Im Gegensatz zu Thranerts Ansicht, daß des Bundes Agitation für seine ideellen Forderungen einwandfrei sei, sprach Herr Dr. Petersmann die Mißbilligung der Prinzipale über diese Agitation aus! Herr Thranert bekam darauf einen Einfall von echt bündlerischer Schläue, er frag nämlich, welche Art von Agitation gemißbilligt werde. Herr Dr. Petersmann war ihm zu Gefallen, indem er ergänzend bemerkte, daß damit die Angriffe auf das Tarifamt (dem nach Thranerts vorhergehender Versicherung der Bund nie zu nahe getreten sein will) und die Tarifgemeinschaft gemeint seien, ferner die Eingaben an Behörden und dann die Geschmackslosigkeiten nach den letztmaligen Tarifverhandlungen. (Zum besseren Verständnis sei hierzu bemerkt, daß sowohl im „Typ.“ als in bündlerischen Versammlungen Episoden aus den Beratungen von 1911 aufgefrischt wurden, die gar kein Taktgefühl erkennen ließen. Dabei haben Treffert sowohl wie Felder, die hier hauptsächlich in Frage kommen, den damaligen Verhandlungen gar nicht beigewohnt. Sie können also nur von Thranert so hübsch informiert worden sein.) Damit war die Beurteilung der

Praxis des Gutenbergbundes perfekt. Herr Thranert hatte mit einem Male wirklich etwas erreicht! Die Gehilfensparkei konnte nunmehr, nach einer so unweideutigen Mißbilligung des Treibens der Bundesleitung durch die Prinzipalität, was Döblin besonders begrüßte, die angekündigte Zurückziehung ihrer Organisationsvertreter annullieren. Unser Verbandsvorsteher sprach aber die feste Erwartung aus, daß bei einem Rückfalle des Bundes in seine verurteilten üblen Gepflogenheiten die Tariforgane dagegen einschreiten. Was im Jahre 1916 mit dem Gutenbergbunde werden sollte, war die Gehilfenschaft in aller Ruhe ab, sein ferneres Verhalten sei nicht zuletzt bestimmend dafür. Die Zulassung der Prinzipalität, mit der Gehilfenschaft auf friedlichem Fuße zu leben, konnte schon um deswillen akzeptiert werden, da ja die Prinzipale und nicht wir in Zukunft zu beweisen haben, daß es ihnen damit Ernst ist. Die Breslauer Beschlüsse damit in Einklang zu bringen, ist auch nicht unsere Sache.

Damit war der große Druck gewichen. Für den Gutenbergbund sollten aber noch einige arge Enttäuschungen kommen. Durch eine sogenannte offene Anfrage an das Tarifamt hatte der „Typ.“ schon im März darauf aufmerksam gemacht, daß mit der im § 82 d Ziffer 2 b getroffenen Bestimmung über die Erlangung der Mitgliedschaft für Gehilfen bei der Tarifgemeinschaft quasi gemogelt worden sei. In der Denkschrift wie in deren weiterer Begründung durch das Bundesorgan wurde nun verlangt, daß die vom Tarifausschuße vorgenommene Fassung wieder einzusehen sei, damit die dem Verbands durch den vom Tarifausschuße festgesetzten Wortlaut eingeräumte „ungeheuerliche Begünstigung bei der Gewinnung der auslernenden Gehilfen“ beseitigt werde. Die rheinisch-westfälische Prinzipalität setzte sich ebenfalls dafür ein, ebenso beanstandete sie die Ausschlußbestimmung. Nach einer langen Debatte, die hauptsächlich um des Kaisers Bart ging, wurde anerkannt, daß der Tarifausschuß dafür gar keine feste Bestimmung getroffen habe, sondern dies dem Tarifamt übertragen wurde, da die Angelegenheit erst am letzten Verhandlungstage vorgebracht worden

war. Aus der praktischen Handhabung erwies sich, daß weder von einer Begünstigung des Verbandes noch von einer Benachteiligung des Gutenbergbundes irgendwie gesprochen werden könne. Die Fassung des Tarifamts wurde in beiden Fällen sanktioniert, und alles bleibt wie zuvor. Der andre Fall bezog sich auf die Scharmittel-Affäre in Köln, wobei es sich bekanntlich um die Androhung der Entlassung handelte, wenn das in Betracht kommende Personal nicht zum Gutenbergbund überträte. Das Tarifamt hatte entschieden, daß schon eine derartige Drohung eine Verletzung des die vollste Koalitionsfreiheit gewährleistenden § 10 Ziffer 2 darstelle und damit auch eine Tarifverletzung. Mit einem unglaublichen Aufwande von Sophistik war vom „Typ.“ mehrmals „nachgewiesen“ worden, daß das Tarifamt einen solchen Entscheid gar nicht gefällt habe. Herr Thranert war nun Zeuge, mit welcher Eleganz diese angeblich gar nicht bestehende tarifamtliche Entscheidung als vollständig zutreffend bezeichnet wurde. Da in Rheinland-Westfalen solche Scharmittelereien zugunsten des Gutenbergbundes nicht zum ersten Male vorgekommen sind — soeben wird uns aus Düsseldorf ein neuer Fall berichtet, bei dem man nur etwas manierlicher vorgeht —, so wird man dort nun wohl besser den tariflichen Grundsatz der Koalitionsfreiheit respektieren.

Das Schnurrigste ist, daß der Gutenbergbund, wie man aus seinem Manifest vom 2. Mai entnehmen kann, gar noch große Genugtuung über den Verlauf der Tarifausschubsetzung empfindet. Er sieht Errungenschaften für sich, wo er sichtlich unter die Räder gekommen und in ähnlicher Verfassung wie 1901 die Tarifausschubsetzung verließ! Das wird obendrein vom „Typ.“ fertiggebracht im Anschluß an den wörtlichen Ausdruck des Protokolls! Wie dieses Unmögliche möglich sein kann, werden wir noch sehen. Dabei werden noch einige Momente berührt werden, über die einstweilen hinweggegangen wurde.

### Das Buchgewerbe im Auslande

**Österreich.** Die bevorstehenden Tarifverhandlungen in unterm Nachbarn Österreich, beginnen bereits im nächsten Monatsvorbereiten. Das sich nicht nur die Gehilfen, sondern auch die Prinzipale mit den Bräutern zur Tarifrevision ernst beschäftigen, ist begreiflich. Immerhin lassen gewisse Vorbereitungen im Prinzipalslager darauf schließen, daß auf dieser Seite mit einem nichts weniger als friedlichen Ausgange der Tarifverhandlungen von vornherein gerechnet wird. In einer ganzen Reihe von Orten, darunter auch Wien, wurde den Faktoren und sonstigen „vertrauenswürdigen“ Personen in den Druckereien ein Schreiben folgenden Inhalts zur Unterschrift vorgelegt:

Ich erkläre mich vorbehaltlos bereit, im Fall überhaupt oder auch nur in dem Betriebe der Buchdruckerei N. N. das gesamte Personal oder auch nur ein Teil desselben die diesen zukommenden Arbeiten insolge Streiks, erzwungener Entlassung oder aus welchem andern Grunde sonst immer nicht ausführt bzw. nicht ausführen kann, nach meinem technischen Können bei Herstellung der notwendigen Arbeiten, auch mit Sehen, Drucken, wo immer zu helfen, kurz es mit allen meinen Kräften ermöglichen zu helfen, daß die vom Firmainhaber bzw. der Geschäftsleitung bezeichneten Arbeiten ihre rascheste Erledigung finden.

Ich bekräftige diese meine freiwillige, vorbehaltlose Erklärung durch meine eigne Unterschrift. Der Zweck der Abung läuft offenbar darauf hinaus, beizugehen Arbeitswillige zu sammeln, die im Fall einer „Möbilmachung“ zur Verfügung stehen. Der Wiener „Vorwärts“ spricht die Erwartung aus, daß diejenigen, an welche die unehrliche und erniedrigende Zumutung gestellt wird, den Mut haben werden, sie rundweg abzulehnen. Damit neben dem Ernste des Lebens auch der Hoffmann zu seinem Rechte kommt, fragen sich die Kollegenvereine von Innsbruck, Stuttgart und München mit der Absicht, an den Pfingsttagen in der Hauptstadt Tirols, in Innsbruck, einen Buchdruckerfängertag zu veranstalten. In einem schwungvollen Artikel des „Vorwärts“ wird den langgestrauchelten Sängern Gutenbergs aus den Residenzen Schwabens und Bayerns ein herzliches Willkommen in Innsbruck geboten. Weil die „Typographia Innsbruck“ sich bereits ein Menschenalter hindurch als festes Bindeglied unter den dortigen Kollegen bewährt hat, betrachten diese den Sängerbuch auch als ihren Festtag. „Willkommen deshalb in unsern schönen Alpenlande!“ schließt der erwähnte Artikel. „Willkommen, die Ihr der Freiheit und dem Aufwärtswoollen der Arbeitsbrüder, der ganzen Menschheit, eure schöne Kunst weißt, und die Ihr in dem Lied einen Ausdruck der Sehnsucht nach den Höhen einer besseren Zeit seht. Möge euer Wirken dazu beitragen, dieses Erkenntnis zu festigen, und wo es noch nottut, sie wachzurufen! Buchdruckerfänger: Wir grüßen Euch und euer Lied!“

**Belgien.** Die Ausdehnung, die der Generalfreik in Belgien genommen hatte, mußte die Aufmerksamkeit

der gesamten arbeitenden Welt erregen. Diese werden wohl über die „Ausbreitung“ dieses — gewiß nicht zu Unrecht — etwas außer der Mode gekommenen Kampfmittels erstaunt gewesen sein. Der Generalfreik wurde am 14. April proklamiert und hatte in drei Tagen die Zahl von 400000 Streikenden überschritten. Ein Resultat, das, wenn es auch dem Namen „Generalfreik“ nicht im wahren Sinne des Wortes entspricht, immerhin im Verhältnisse zu dem Prozentsatze der organisierten Arbeiter und unter Berücksichtigung des politischen Zwecks der Demonstration als ein über Erwarten günstiges bezeichnet werden muß. Berücksichtigt man all die mannigfachen Schwierigkeiten, die begleitenden und erschwerenden Umstände, die eine solche Aktion mit sich bringt, so muß man sagen, die belgische Arbeitererschaft hat mit Geduld die schwierige Aufgabe zu erfüllen gewußt. Doch es hat sich auch diesmal wieder gezeigt, daß dieses Kampfmittel erst das allerletzte sein kann; eine bessere Anwendung dürfte der Arbeitererschaft mehr Schaden als Nutzen bringen. Denn wenn man beim Friedensschluß als Sieger gelten will, sollte man auf keinen Fall die Kriegskosten — direkt oder indirekt — bezahlen müssen. Es ist wohl auch diesmal eine zweite Frage, ob die gebrachten Opfer dem Erreichten entsprechen. Doch in solchen Fällen kann man nicht mit materiellem Maße messen. Ohne Zweifel ist der Beweis erbracht worden, welche elementare Kraft in der Einigkeit der Arbeiter schlummert. Der hieraus resultierende moralische Eindruck wird noch verstärkt, wenn sich alles in Ordnung und Ruhe abspielt, wie es diesmal der Fall war.

Was die Beteiligung der Buchdrucker, wir meinen hier vor allem die der Hauptstadt, betrifft, so sind 150 Kollegen daran schuld, daß man sich davon kein klares Bild machen konnte bzw. ein falsches machen mußte. Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß die Presse, der es gelang, weiter zu erscheinen, den Generalfreik mit allen möglichen Artikeln als unbedeutend hinzustellen suchte. Daß dann in der Auslandspreise erst recht ein schiefes Bild über die Buchdrucker entstand, ist selbstverständlich. Es sei deshalb hier ein den Tatsachen entsprechender Bericht über die Beteiligung der Brüsseler Kollegen an Generalfreike gegeben.

Wie der „Korr.“ schon kurz berichtete, wurde, entgegen der zweiten Abstimmung vom 9. und 10. April, die Beteiligung am Generalfreike beschlossen und durchgeführt. Bekanntlich fand am 28. Februar die erste Abstimmung über die eventuelle Beteiligung statt, die folgendes Resultat zeitigte: 807 Stimmen für und 721 gegen. Später, am 9. April, fand die zweite Abstimmung statt, die, wie im letzten Berichte mitgeteilt wurde, mit großer Mehrheit die Beteiligung ablehnte; die Zahl der sich an der Abstimmung Beteiligenden ließ beide Male sehr zu wünschen übrig. Am 17. April fand dann eine dritte, äußerst gut besuchte Versammlung statt, in der nach ausgiebiger Aussprache auf die statutenmäßige zweite Abstimmung hingewiesen wurde. Die Versammlung fast einstimmig angenommenen Resolution würde die zweite Abstimmung für ungültig erklärt und die Durchführung des ersten Beschlusses für richtig erkannt. Entsprechend dem Versammlungsbeschlusse ruhte am 19. April (Sonntag) in sämtlichen Druckereien, mit Ausnahme einiger Zeitungen, die Arbeit. Einem Teile der Stereotypen kann ein Vorwurf nicht erspart werden, denn diese Kollegen hatten noch den in den Zeitungen Siehegebliebenen das Erscheinen der Zeitungen ermöglichen. Am folgenden Sonntagmorgen waren alle in Zeitungen beschäftigten Gehilfen zu einer Besprechung geladen. Trotz der gegenseitigen Ansicht und dem Rate des Komitees beschlossen ungefähr 150 Kollegen, die Arbeit fortzusetzen. Am Montag erschienen nur nicht „Le Peuple“ und „Le Petit Bleu“. Am gleichen Tage trat noch das Personal der Zeitung „Chronique“ in den Streik. Am Dienstagvormittag wurde wieder eine überfüllte allgemeine Versammlung abgehalten, in der man auch über die widerpenflichen „Journalisten“ (d. h. die in den Zeitungen beschäftigten Kollegen) zu Gericht saß. Die Gemüter waren ziemlich erregt, und einige Anträge lauteten auf sofortigen Ausschluß. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, in der nochmals alle Mitglieder an ihre Pflicht erinnert wurden. Gleichzeitig wurde allen denen mit Ausschluß gedroht, die nachmittags nochmals zur Arbeit zurückkehren würden. Sofort wurden die betreffenden Kollegen von dem Beschluß in Kenntnis gesetzt, aber ein Teil weigerte sich weiter, dem Gebote Folge zu leisten. Außer den schon bezeichneten drei Zeitungen konnte nur noch „La Gazette“ nicht erscheinen. Sechs Kollegen vom „XXe Siècle“, vier vom „Etoile Belge“ und der Sektionspräsident, beschäftigt bei der Zeitung „Soir“, schlossen sich noch den Streikenden an, ohne das Erscheinen der betreffenden Zeitungen dadurch verhindern zu können.

Das geschiedere Verhalten von 100 Gehilfen, die sich durch eine „dauernde Kasse“ abhalten ließen, mit den übrigen Berufsgenossen zu gehen, bildete einen starken Kontrast zu dem Verhalten aller andern Kollegen. Von den etwa 2300 Mitgliedern fielen eben nur die „Journalisten“ um. Mittlerweile hatte die Regierung dem Druck etwas nachgegeben, und die Arbeiterpartei beschloß die Wiederaufnahme der Arbeit. Noch einmal versammelten sich die Buchdrucker zu einer imposanten Versammlung. Es mögen über 2000 Kollegen gewesen sein, die am 24. April nach dem „Théâtre Lyrique“ trafen. Es wurde nun auch hier die Aufnahme der Arbeit beschlossen, doch nur zu den früheren Bedingungen und wenn alle Kollegen an ihre Plätze zurückkehren könnten. Die Arbeitsaufnahme vollzog sich glatt. Selbst in den Zeitungen, die weiter erschienen, konnten die ihre Pflicht erfüllenden Kollegen bis auf zwei wieder an ihre alten Plätze zurückkehren.

Die Vorgänge bei den Buchdruckern während und vor dem Streike, namentlich die mehrmalige Abstimmung, erwecken den Eindruck, als ob man den Streik erst für un-

wahrscheinlich gehalten hätte, und als ob es dann an einem einheitlichen Ziele gefehlt habe. Es ist nicht zu verkennen, daß das Bestehen eines Tarifs die Beschlußfassung nicht gerade erleichterte. Hatten doch bereits die Syndikatskammer der Prinzipale und die Brüsseler Sektion der Prinzipalsorganisation unserer Brudervereinigung wissen lassen, daß die Prinzipale ihre am 15. November 1909 eingegangenen Verpflichtungen als aufgehoben betrachteten, doch wollten sie den Tarif voreerst noch bis 31. Dezember 1913 beachten.

Eine angenehme Überraschung wurde den streikenden Kollegen der Zeitung „Petit Bleu“ zuteil. Nach Aufnahme der Arbeit wurde ihnen mitgeteilt, daß die Streiklage voll entlohnt würden.

Die Nachrichten über die Beteiligung der Buchdrucker in den Provinzsektionen am Generalfreistrike sind mehr wie pärlisch. Allem Anscheine nach war man in einzelnen Sektionen gezwungen (durch Fehlen von Antriebskraft oder andern Umständen), sich dem Streik anzuschließen, während im allgemeinen die Streikbeteiligung nicht allzu groß gewesen sein dürfte. Auch das Verbandsorgan vom 1. Mai und das Zentralkomitee konnten über diesen Punkt keine Auskunft erteilen. In ersterem teilt nur die Lüftlicher Sektion mit, daß ihre Mitglieder einen Tagesverdienst als Ersatzsteuer für die Opfer des Generalfreistrikes aufbringen würden.

Der Jahreskongress des belgischen Verbandes findet während der Pfingstferien in Gent statt. Neben dem Arbeitsprogramm ist auch eine gemeinschaftliche Besichtigung der gegenwärtigen internationalen Ausstellung geplant.

**Frankreich.** Eine literarische Gesellschaft unter dem Vorhabe des Senators Léon Bourgeois hat die Ehrengabe Ségèsippe Moreaus durch Errichtung eines Denkmals in Provinz beschlossen. Genannt war Seher und Korrektor, doch vor allem Dichter. Dieser unglückliche Kollege, ein Waisenkind, wurde durch seine „Ode an den Hunger“ als Dichter entdeckt; sein berühmtestes Gedicht ist „La Voultze“. Verschiedentlich in politische Angelegenheiten verwickelt, irrte das Genie umher, um dann in einem Spital an den Folgen überstandener Hungers im 29. Lebensjahre zu sterben. Selbst auf dem Sterbebette griff er nochmals nach der Muse und schuf sein „Denken an das Spital“, ein Lebensgesang über das eigne Leben. Der im Jahre 1838 verstorbenen berühmte Kollege besitzt bereits ein andres Denkmal auf dem Künstlerfriedhofe Montparnasse.

**Großbritannien.** Das Tageblatt der englischen Arbeiterpartei „The Daily Citizen“ besteht jetzt etwa fünf Monate. Das Unternehmen ist formell eine Aktiengesellschaft. Die Hauptteilhaber sind jedoch die Gewerkschaften und die Direktoren bekannte Arbeiterführer. Auf der ersten Jahresversammlung wurde bekanntgemacht, daß wenn nicht sofort Geld einkommt, das Blatt in einigen Wochen das Erscheinen einstellen muß. Durch große Mühen in den letzten Jahren sind aber die Kapital der Gewerkschaften „geleert“, und obgleich bis jetzt schon 100000 Pfund eingezahlt sind, fehlt es doch an barem Gelde. Die Auflage beträgt erst 200000, welche in Großbritannien jedoch nicht genügt, um Anzeigen zu bekommen. Man hofft aber, in drei Jahren die Auflage auf 500000 zu bringen. Erst dann wird das Blatt lebensfähig sein. Unmöglich ist es schließlich nicht, daß im Verlaufe von drei Jahren wenigstens der fünfte Teil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Großbritanniens sein eignes Blatt liest. Augenblicklich nehmen noch Fußball und Pferderennen die Aufmerksamkeit der Arbeiter allzusehr gefangen. Das von den Leitern des Schriftleiter- und des Fabrikarbeiterverbandes gegründete Arbeiterblatt „The Daily Herald“ besteht nun bereits ein Jahr. Auch dessen Leitenden und Leitenden geschichte stellt ein fortwährendes Bananieren am Rande des Abgrundes dar. Sein Mann als Syndikalist, Ransbury als Vertreter der revolutionären Frauen des Landes und der Kollege Reau ziehen von Stadt zu Stadt, um Leser zu werben. Einsteifen wird das tägliche Umbringen von Kapitalisten und parlamentarischen Arbeiterführern mit sensationell-revolutionären Phrasen noch andauern, wenigstens solange das Geld „hochberziger“ Kapitalisten reicht.

Wie bereits berichtet, drohte in Schottland seitens der Prinzipale eine Aussparung und seitens der Gehilfen der Streik. Die daran interessierten Organisationen einigen sich über die von den Gehilfen gestellten Forderungen schließlich aber doch noch auf dem Verhandlungswege.

an der vorliegenden Materie und dankten dem Redner durch starken Beifall für seine klaren, verständlichen Ausführungen. In der Diskussion erklärte sich Rapp im ganzen mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, empfahl aber den zu wählenden Delegierten, für das „Korr.“-Obligatorium zu stimmen. — 3. Bezirk (14. April). Bezirksleiter Zwirner leitete die Besprechung der zur Verbandsgeneralversammlung gestellten Anträge durch ein Referat ein. Die zu den einzelnen Tagesordnungspunkten vorliegenden Anträge wurden von ihm in größtenteils Weise behandelt. Redner betonte, daß zwar der übergroße Teil der Anträge auf dem Unterstützungsgebiete liege, die Generalversammlung aber doch wohl den Hauptteil ihrer Arbeit der gewerblichen Lage und den prinzipiellen Anträgen widmen werde, um der gegenwärtigen ernsten Situation Rechnung zu tragen. Auf dem Unterstützungsgebiete werde ein gerechter Ausgleich zwischen Leistung und Gegenleistung die Richtschnur sein. Jede Erhöhung der Unterstützungen auf Kosten einer Beitragserhöhung hielt Redner für ausgeschlossen. Mit der Versicherung, daß die gewählten Vertreter des Verbandes auch in Danzig ihre Beschlüsse zum Besten der Kollegenschaft fassen würden, schloß Redner seine beifälligen aufgenommenen Ausführungen. In der lebhaften Diskussion gab Schulz noch Erläuterungen zu den Anträgen des Verbandsvorstandes, während die übrigen Redner bestimmte Punkte besprachen. Besonderen Widerspruch fand bei allen Rednern die geplante Wahl der Gauvorsitzer auf drei Jahre. Unter „Verschiedenem“ besprach Sarkmann die in Weihenstephan geplante Arbeitslosenversicherung und forderte die dort wohnenden Kollegen auf, sich bis 1. Mai zum Beitritte zu melden. — 4. Bezirk (14. April). Bezirksleiter Burmeister legte der Versammlung in kurzen Umrissen die Ansicht des Gauvorsitzes zu den Anträgen für die Danziger Generalversammlung dar. Muffal erklärte sich in der Diskussion mit den von ersterem dargelegten Richtlinien einverstanden. Eine Kontrolle der Delegierten für die Gaugeneralversammlungen ergab, daß fast sämtliche Delegierte diese besucht hatten. Die nächste Versammlung findet wieder im alten Tagungslokale statt, da die Differenzen beigelegt sind. — 5. Bezirk (18. April). Bezirksleiter Adam besprach die zur Danziger Generalversammlung gestellten Anträge, dabei seinem Bedauern Ausdruck gebend, daß der übergroße Teil der Anträge sich auf das Unterstützungsgebiet beziehe. In der Diskussion wandte sich Strieder gegen den Antrag auf dreijährige Anstellung der Gauvorsitzer, während Nowakowski, Wronski und Lobe für das „Korr.“-Obligatorium eintraten. Unter „Verschiedenem“ gab der Vorsitzende bekannt, daß die Firma Vereinigte Buch- und Kunstdruckwerke wieder in die Tariftgemeinschaft aufgenommen sei, nachdem sie den Bedingungen des Tarifsamts nachgekommen ist. Die Bekanntgabe der Anträge des Gutenbergsbundes zur Tarifausgleichung wurden von der Versammlung mit großer Heiterkeit aufgenommen. — 6. Bezirk (15. April). Bezirksleiter besprach die Anträge zur Generalversammlung. In seiner Einleitung, besonte er, daß die Berliner an der diesjährigen Generalversammlung ein besonderes Interesse hätten, da es nun 25 Jahre her seien, daß der Verbandsvorstand in Berlin seinen Sitz habe. Der Referent griff dann die wichtigsten Anträge zur Generalversammlung heraus. Unter „Verschiedenem“ leitete der Bezirksvorsitzende Lehmann mit, daß er gezwungen sei, aus Gesundheitsrücksichten sein Amt niederzulegen. Die nächste Versammlung wird sich also mit der Neuwahl eines Bezirksleiters zu befassen haben. — 7. Bezirk (14. April). In eingehender Weise referierte Bezirksleiter Braun über die vorliegenden Anträge zur Danziger Tagung. Lebhafter Beifall bewies dem Redner das Einverständnis der Versammlung. — 8. Bezirk (17. April). Bezirksleiter Ebel besprach in einem mit Beifall aufgenommenen Referate die zur Generalversammlung in Danzig gestellten Anträge. In der anschließenden Diskussion sprachen Koffe und Thormann, die mit ihren Ausführungen mehrfach auf lebhaften Widerspruch der Versammlung stießen. Unter „Verschiedenem“ wurde eine Resolution Koffe, die von den Delegierten zur Generalversammlung in Danzig erwartete, daß sie für die Rücknahme des Ausschlusses des Korrektors Wilhelm Reich stimmen, nach lebhafter Debatte mit übergroßer Mehrheit abgelehnt. Ebel leitete dann mit, daß die Vereinigten Buch- und Kunstdruckwerke nach achtmonatiger Sperre zur Kapitalisation gezwungen worden seien. Ein schöner Sieg der Tariffache, aber auch ein ehrender Beweis für die Disziplin und die Solidarität der Berliner Kollegenschaft, die es der Firma zur Unmöglichkeit machte, ein brauchbares Personal zur Aufrechterhaltung ihres Betriebes zusammenzubekommen. — 9. Bezirk (16. April). Bezirksleiter Ahrens referierte über die Anträge zur Generalversammlung. In überzeugender Weise präziserte er den Standpunkt des Gauvorsitzes zu einem Teile der Anträge, besonders auf die finanziellen Bedenken Anlaß gebenden Vorschläge hinweisend. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Die nächste Versammlung findet in Spandau, „Niedersdorfer Brauerei“, statt. — 10. Bezirk (17. April). Anlässlich der zur Besprechung stehenden Anträge zur Danziger Generalversammlung schilderte Bezirksleiter Lampe eingehend die Situation, welche die Generalversammlung vorfinde, indem er das entschiedene Vorgehen der Scharfmacher im Prinzipalslager und die durch diese veranlaßte provozierende Schreibweise der „Zeitschrift“ gravierend kennzeichnend. Die große Zahl der Generalversammlungsanträge lasse leider erkennen, daß ein großer Teil der Kollegenschaft die Zeichen der Zeit noch nicht begriffen habe, da nur wenige prinzipielle Anträge gestellt seien. Allseitiger Beifall ließ das Einverständnis der Versammlung erkennen. Als einziger Diskussionsredner wandte sich Pakadt gegen die Erhöhung des Sterbegebotes bei höheren Rängen. — 11. Bezirk (13. April). Im Nacharbeiterbezirke referierte Massini über die zur Danziger

Generalversammlung gestellten Anträge. Seine Ausführungen fanden bei den Versammelten beifällige Aufnahme. In der Diskussion sprachen Fülle, Raubut und Wielepp. Die von Fülle gemachte Anregung betreffend den Ausbau der „Typographischen Mitteilungen“ zu einem fachlichen Organe großen Stils, das die jetzt erscheinenden technischen Mitteilungen der einzelnen Sparten überflüssig machen soll, fand viel Anklang. — In allen Versammlungen wurden Kandidaten für die Danziger Generalversammlung vorgeschlagen, über die endgültig die Generalversammlung des Berliner Gauvereins Beschluß zu fassen hatte.

**Darmstadt.** Am 19. April stattfand die Bezirksversammlung von ungefähr einem Drittel der Kollegen besucht. Ganz besonders sind es die jungen Kollegen, welche der Versammlung fern bleiben; diese seien an dieser Stelle aufgefordert, sich in nächster Zeit reger an dem Vereinsleben zu beteiligen. Zunächst wurden zwei junge Kollegen neu aufgenommen. Der Bericht über die Tarifausgleichung soll nach Pfingsten erstattet werden. Zur Gewerkschaftskonferenz in Offenbach a. M. wurde ein Delegierter entsendet. Kollege Knoblauch beauftragte darauf in längeren Ausführungen die Tagesordnung der Generalversammlung in Danzig. Vor- und Nachteile der gestellten Anträge unterzog er einer sachlichen Kritik. Die Versammlung war mit seinen Ausführungen einverstanden. Zur Arrangierung des Johannistages wurde eine fünfstellrige Kommission gewählt, welche der nächsten Versammlung geeignete Vorschläge machen soll. Sodann erstattete Kollege Ernst den Jahresbericht vom Arbeitsnachweise. Der Nachweis wurde von 149 Kollegen in Anspruch genommen. Ferner lag der „Rapportfest“ in Gestalt des Entwurfs eines Mitteilungsblattes für den Bezirk vor, er wurde gutgeheißen. Alle Interessenten seien darauf aufmerksam gemacht, sich in allen vor kommenden Fällen dieses Mitteilungsblattes zu bedienen. Es wird am 15. jeden Monats erscheinen und sollen bis zum 7. alle Nachrichten zur Veröffentlichung eingeleitet werden. Zum Schluß gab Kollege Mofk noch den Bericht des Komitees, über den sich eine längere Diskussion entspann.

**Quisburg.** Die ordentliche Monatsversammlung des hiesigen Ortsvereins fand am 19. April statt. Nach Eröffnung der Versammlung gedachte der Vorsitzende Paleski unres vor kurzem verstorbenen Kollegen W. Schmiel in ehrenden Worten, dessen Andenken in üblicher Weise geehrt wurde. Sodann referierte Redakteur Niebuhr über das Thema: „Vom Handwerk zum Kruss“. Redner verstand es meisterlich, sich jeder Aufgabe zu entledigen, wofür der reichlich spendende Beifall der beste Beweis war. Zwei neuangeworbene Kollegen wurden einstimmig dem Gauvorsitzende zur Aufnahme empfohlen. Der Vorsitzende gab nach Erledigung mehrerer geschäftlicher Angelegenheiten einen ausführlichen Bericht über den Stand der Vorbereitungen zum diesjährigen Johannistage. Es wird durch eine Dampfmaschine nach Barmb. wofelb. Föhner, Tanz, Befestigungen aller Art usw. stattfinden, gefeiert werden. Für die Gedrucksachen wird ein Preisauschreiben unter den hiesigen Kollegen veranstaltet und die besten Entwürfe sollen prämiert werden. Die Ausführungen des Vorsitzenden wurden von der Versammlung einstimmig gutgeheißen.

**Freiburg i. Br.** Am 20. April abgehaltene Bezirksgeneralversammlung hatte sich eines zahlreichen Besuchs (etwa 270 Kollegen) zu erfreuen. Auch fast alle Bezirksorte hatten Vertreter entsendet; einige waren sogar durch die Mehrzahl der Kollegen vertreten. Die Versammlung wurde durch die Gesangsabteilung mit dem Vortrage zweier Lieder würdig eingeleitet. Die Tagesordnung umfaßte sechs Punkte, von denen der größere Teil rasche Abwicklung fand. Am meisten Zeit nahmen die geschäftlichen Mitteilungen des Vorsitzenden und die daran anschließende Aussprache in Anspruch. Der Vorsitzende wies auf die schrillste Agitation des Gutenbergsbundes hin, die dieser unter den auslernenden Befristungen betrieben. Nicht bloß, daß diesen schon lange Zeit der „Typograph“ und das gesamte übrige „Agitationsmaterial“ des Bundes zugefellt wurde, sondern es wurde weiter eine regelrechte Sausagitation getrieben, indem die Eltern der Befristeten aufgesucht wurden. Daß bei dieser Gelegenheit über den Verband das unglaublichste Zeugnis zu vernehmen war, ist bei den bekannten Charaktereigenschaften der Bundesleute nicht anders zu erwarten. Wenn alles nicht ziehen wollte, wurde den jungen Kollegen sogar Kondition in der Herderische Verlagsanstalt in Aussicht gestellt. Auch die Verbandskollegen in diesem Geschäfte wurden gehörig verurteilt. So wurde behauptet, ein großer Teil von ihnen wäre bereit, in den Bund überzutreten, wenn sie sich nicht vor dem Terrorismus der Verbänder fürchteten. Diese Antriebe machten natürlich Gegenmaßregeln notwendig. An der Spitze des Wochenberichts für die vier oberhiesigen Bezirke erschien darauf eine Notiz mit dem Eruchten, diesem Treiben durch Aufklärung der betreffenden Kollegen entgegenzutreten und falls irgendwo von einem Prinzipale die fernere Kondition von der Zugehörigkeit zum Gutenbergsbund abhängig gemacht werden sollte, Mitteilung an die Vorstände zu machen. Diese Notiz veranlaßte nun die Prinzipalsvereinigung zu einem Protest, in welchem sich die Mitglieder derselben gegen eine solche Interaktion verwarfen und worin sie betonten, daß es bei ihnen zu etwas nicht gäbe und sie sich streng an die tariflichen Abmachungen hielten. Vom Vorstande wurden die Herren darauf befehligt, daß ihre Aufregung nicht am Platze sei und daß wirklich Fälle zu vermeiden seien, wo die Kollegen von Geschäftsleute aus zum Übertritte veranlaßt wurden, wenn auch nicht direkt mit Konditionsverlust gedroht wurde. Ein Prinzipal hat „nur“ vor dem Eintritt in den Verband gewarnt. Die

### □ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

**Berlin.** Elf Bezirksversammlungen wurden vom 14. bis 18. April in Berlin abgehalten, die sich durchweg eines guten Besuchs zu erfreuen hatten. Die Tagesordnung lautete in allen Versammlungen: 1. Besprechung der zur achten ordentlichen Generalversammlung des Verbandes in Danzig gestellten Anträge. 2. Vorschläge zur Aufstellung von Kandidaten zur Wahl der Delegierten zur achten ordentlichen Generalversammlung in Danzig. 3. Verschiedenes. — 1. Bezirk (17. April). Über die Anträge zur Danziger Generalversammlung referierte Albrecht, an dessen mit Beifall angenommene Ausführungen sich eine längere Diskussion anschloß. Da der bisherige Bezirksleiter infolge seines veränderten Arbeitsverhältnisses seine Funktionen nicht mehr ausüben kann, wurde Kollege Karl Krüger zum Bezirksleiter gewählt. — 2. Bezirk (14. April). Albrecht hatte das Referat zum ersten Punkte der Tagesordnung übernommen. Er gab in zusammenfassender Weise einen Überblick über die Anträge im allgemeinen, ohne auf einzelne Anträge im besondern einzugehen. Die Kollegen bewiesen durch ihre Aufmerksamkeit Interesse

Verbandskollegen des Herderschen Geschäfts nahmen in einer Versammlung, welche von allen nicht durch einen fristigen Grund verhinderten Kollegen besucht war, ebenfalls Stellung zu der Angelegenheit. Sie wiesen einstimmig die von den Bündlern ausgeführten Gerichte, als wäre die Mehrheit von ihnen mit den Beschlüssen des Vorstandes und der Versammlungen nicht einverstanden und warfelen nur auf eine Gelegenheit zum Abtritt, juristisch und erklären nach wie vor freu zum Verbands zu halten, in dem jederzeit die Neutralität gewahrt worden sei. Daß bei einer solchen Maß auch die ultramontane „Lagespott“ nicht fehlen dürfte, ist selbstverständlich. Uralsie Adenbüter von Neutralitätsverletzungen usw. aus der bekannten Nigeniederlage, die schon öfter richtiggestellt und widerlegt wurden, würden den Lesern als neue Vorkommnisse unterbreitet. Alle diese Vorkommnisse gaben naturgemäß Anlaß zu längerer Aussprache. Großes Bedauern und starken Anwillen erregte dabei, daß den Prinzipalsprekelt auch zwei Firmen mit ihren Namen deuten, deren Inhaber noch Verbandsmitglieder sind. Wir haben also auch am Oberrhein die Aufgabe zu verzeichnen, daß der Guttenbergbund, der durchaus keine eigene werbende Kraft besitzt, nur durch die Anfertigung der Prinzipale und Geislichen wachsen kann. In den katholischen Gesellschaften und Arbeitervereinen wird denjenigen Kollegen, die auch dort noch Mitglied sind, die Alternative gestellt, entweder aus dem Verband auszutreten oder dem Vereine Valef zu sagen. Erstlichermweife haben einige Kollegen auf dem Schwarzwalde das letztere vorgezogen. Auch in den Wehringheimen und Vereinen wird eifrig für den Bund gewirkt. Frohheim blieb der erstelte Erfolg hinter den Erwartungen zurück. Wohl aber hatten bis zum Versammlungstage 13 junge Kollegen ihren Beitritt zum Verbands gemeldet, die willkommen geheißen und zur Aufnahme empfohlen wurden, ebenso war eine Wiederaufnahme zu vollziehen. Von den übrigen Punkten wurde der im Gauberichte niedergelegte Jahresbericht des Vorsitzenden ohne Monita zur Kenntnis genommen. Auch die Jahresabrechnung der Bezirkskassas wurde aufgegeben. Von den Erneuerungswahlen wurden nur diejenigen des ersten und zweiten Vorsitzenden, Kassierers und Schriftführers vorgenommen, welche Ämter in den Händen der bisherigen Inhaber blieben. Als Kandidaten zur Generalversammlung wurden in Vorschlag gebracht die Kollegen Gausvorsteher Lindenlaub, Bezirksvorsitzender Müller, Friedrich Bastian und Paul Schulz. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die würdig verlaufene Versammlung geschlossen.

**Ortmann.** Die erste diesjährige Bezirksversammlung fand am 20. April hier statt. Aus den zum Bezirke gehörenden fünf Orten waren 25 Kollegen erschienen. Nach Begrüßung der Ercheinenden durch Kollegen Timmel hielt Gausvorsteher Steinbrück (Dresden) einen längeren Vortrag über: „Die bevorstehende Generalversammlung“. Er gab ein klares Bild über die jetzige Situation, über die Verhältnisse auf Verbesserung der Unterfützungen usw. Reichen Beifall erntete der Referent am Schlusse seines Vortrags. Eine Diskussion fand nicht statt, was bewies, daß die Versammlung mit den Ausführungen des Referenten einverstanden war. Mit einem Hoch auf den Verband schloß die anregend verlaufene Versammlung.

**Hg. Hannover.** Eine nette Illustration, wie den Mitgliedern des Guttenbergbundes und den Lesern des „Typograph“ Sand in die Augen gestreut wird, liefert die Nummer 18 dieses Weisblattes. Da ist unter der Rubrik „Aus den Ortsvereinen“ folgende Korrespondenz zu lesen: W. Hannover. In der letzten (wann?) gehaltenen Versammlung des Ortsvereins wurden zunächst verschiedene Rundschreiben verlesen und sodann die geplante Ortsvorstandskonferenz besprochen. Die vom Kassierer vorgelegte Quartalsabrechnung wurde geprüft und für richtig befunden; da keinerlei Ausgaben für Kranken- und Arbeitslosenunterfützungen zu leisten waren, konnte eine erhebliche Summe der Bundeskasse zugewiesen werden. In der vorhergehenden Versammlung wurde der Satzungsentwurf durchberaten und fand bis auf einige Abänderungsanträge die Billigung der Versammlung.

Wer diese Notiz liest, wird glauben, daß es sich um einen größeren Ortsverein handelt, zumal Hannover eine ziemlich bedeutende Druckstadt ist. Doch überrascht wird der Leser sein, wenn er erfährt, daß der Ortsverein Hannover des Guttenbergbundes sage und schreibe vier Mitglieder zählt! Ist wohl eine größere Schaumfischlagererei denkbar? Trifft nicht zu, was wir in Nr. 148 (1912) schrieben, daß die Versammlungsberichte im „Typ.“ ein Sand-in-die-Augenstreuen sind, wenn man weiß, aus wieviel Männchen so eine Guttenbergbundversammlung besteht? Warum nennt der Herr W. nicht die erhebliche Summe, die an die Bundeskasse abgeführt ist? Sie ist wohl nicht in Ziffern auszudrücken? Wenn man in Betracht zieht, wie sich diese Osterorganisation spreizt, wie sie versucht, von sich reden zu machen, so ist fastfäglich die deutsche Sprache zu arm an Ausdrücken, um ein solches Gebaren zu kennzeichnen. Aufnahmegerüche werden mehreremal im „Typ.“ veröffentlicht, auch von Neuausgeleiteten, trotzdem im Briefkasten zu lesen war, daß diese nicht veröffentlicht werden, um sie vor den Verbandsmitgliedern zu schützen; Versammlungsberichte werden bombastisch stilisiert — da müssen doch dem borniertesten Bündler die Augen aufgehen! Etwas soll noch festgehalten werden. Der Guttenbergbund beabsichtigte für das Gebiet Nordwestdeutschland zu Misingen einen sogenannten Bundesstag in Hannover abzuhalten. Vor einiger Zeit war nun in dem Thürner-Trefferschen Moniteur zu lesen, daß der Bundesstag nicht stattfand. Warum? Weil infolge des starken Wirtschverkehrs nicht genügend Extrazüge zu haben sind, um die massenhaften Scharen der Marke G.-B. in die einstmalige cumberländische Residenz zu befördern...

**Krefeld.** (Maschinenlehrevereinerung.) Die am 13. April stattgehabte Vierteljahrsversammlung war verhältnismäßig gut besucht. Von den zum Bezirke ge-

hörigen Orten waren vertreten aus Krefeld 7, M.Glabach 1, Kempen 2, Rheinf 3 Kollegen. Nach Verlesung des Protokolls der letzten Versammlung machte der Vorsitzende die Eingänge bekannt, was lange Zeit beanspruchte. Eingehend unterhielt man sich über das Sein und Nichtsein der Karlsruher Maschinenleherschule und bedauerte, hiergegen nichts unternehmen zu können. Im weiteren Verlauf berief man über die Frage, wie wir unsere Kollegen bei Gelegenheit der Gauversammlung unterhalten. Nach Erledigung dieser Frage wurde der Kassierbericht gegeben und genehmigt. Über einen Vorschlag, die Leipziger graphische Ausstellung durch ein Mitglied zwecks Sammlung von Neuheiten auf dem Gebiete der Sechsmalminutentechnik zu besichtigen, mußte man wegen der Ohnmacht unserer Kasse zur Tagesordnung übergehen. Der Punkt „Technisches“ hielt die Kollegen noch einige Zeit zusammen. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit dem Wunsch, daß die nächste Gauversammlung die zum Bezirke gehörigen Kollegen in voller Zahl anwesend finde.

**Leipzig.** Nachdem in der Gaumitgliederversammlung vom 17. April beschloffen worden war, das diesjährige Jahrestreffen in „Park Meusdorf“ abzuhalten, nahmen die Versammelten Stellung zu den veröffentlichten Anträgen zur Danziger Generalversammlung. Kollege Engelbrecht leitete die Diskussion ein mit dem Hinweis, daß die von den Gauen Berlin und Leipzig gestellten Anträge unter der Rubrik „Besprechung über die allgemeine und tarifliche Lage“ in Anbetracht der Vorgänge im Prinzipalsorgane für die diesmalige Generalversammlung und die zukünftige Entwicklung unserer Organisation eine besondere Bedeutung in sich schloffen. Auch der Antrag Stuttgart's, die Generalversammlung möge die Errichtung eines ständigen Vorbereitungsausschusses zu den Tarifrevisionen beschließen, sei diskutiert von dem Beispieler der Prinzipalsorgane, welche auf der Breslauer Tagung die Einsetzung einer solchen Kommission bereits beschlossen habe. Kollege Krone machte in längeren Ausführungen und in ziemlich erregten Worten seinem Herzen Luft bezüglich der von dem Verbandsvorsitzenden und der Gausvorsteherkonferenz eingebrachten Vorlage auf dem Unterfützungsgebiete. Namentlich mißbilligte er die Verschlechterung der Karenten für die Reisenden und Arbeitslosen. Auch der Antrag des Verbandsvorsitzenden, wonach die Amtsperiode der beabsichtigten Gausvorsteher auf mindestens drei Jahre festzusetzen ist, wurde abfällig kritisiert. Bei der Aufstellung der Kandidaten zur Generalversammlung beantragten einige Redner, den angestellten zweiten Gausvorstehenden nicht mit kandidieren zu lassen, damit in Abwesenheit des ersten Vorsitzenden eine entsprechende Vertretung auf dem Gausniveau anwesend sei. Kollege Engelbrecht ersuchte die Kollegen, den Kollegen Hesselbarth mit auf die Kandidatenliste zu setzen und ihn auch zu wählen. So wie in Leipzig, lägen die Verhältnisse gelegentlich der Verbandsgeneralversammlung auch auf in anderen größeren Gauen; Berlin, Rheinlands-Westfalen, wo jedermann ebenfalls viel Erfahrung vorhanden wäre wie hier. Auch diese Gauen delegierten die besten angestellten Vorsitzenden mit zur Generalversammlung. Nachdem noch einige Redner lebhaft für die Kandidatur Hesselbarths eingetreten waren, wurde dieser gegen wenige Stimmen als Kandidat nominiert. Aufgestellt wurden insgesamt 19 Kandidaten.

**Bezirk Magdeburg.** Am 20. April fand in Magdeburg im „Luisenpark“ die Frühjahrsbekirksversammlung statt, die von 400 Kollegen besucht war. Vor der Versammlung hatte die am Orte sehr rührige Graphische Gesellschaft im Versammlungslokal eine Druckachenausstellung veranstaltet. Der Graphische Gesangsverein leitete die Versammlung mit einem Chorlied ein. Das Andenken der verstorbenen Kollegen wurde in üblicher Weise geehrt. Bezirksleiter Demuth verwies unter „Geschäftlichem“ auf den im Gaubericht enthaltenen Jahresbericht, und die anwesenden Vertrauensmänner hatten dem nichts hinzu-zufügen. „Unsere Generalversammlung in Danzig und Besprechung der zu ihr gestellten Anträge“ war der Hauptpunkt der Versammlung. Hierzu hatte Gauskassierer Döls (Halle) das Referat übernommen. Er ließ die gestellten Anträge Revue passieren und schiederte auf Grund seiner Erfahrungen im Gau die Anforderungen an die jetzt bestehenden Unterfützungsleistungen im Verbands. Das verlassene Jahr mit der hohen Arbeitslosenunterfützung, speziell auch im Saalegau mit seinem Vororte, könnte zu einer Erhöhung der Unterfützungen nicht Veranlassung geben. Man mühte suchen, das Bestehende zu erhalten, und wenn der jetzige Betrag noch nicht ausreichte, eine weitere Erhöhung vornehmen, denn die Unterfützungseinsparungen im Verbands seien nicht die Hauptsache, sondern nur Mittel zum Zweck. Als Kandidaten zur Generalversammlung wurden die Kollegen Demuth, Knöller, Kunzemann, Pieschner, Reufcher (Magdeburg) und Zismus (Burg) vorgeschlagen. Anträge zu der Delegiertenversammlung des Gaus in Dessau wurden nicht gestellt. Als Kandidaten wurden für diese 34 Kollegen in Vorschlag gebracht, von denen 19 zu wählen sind.

**Mainz.** (Maschinenmeister.) — Vierteljahrsbericht. Die am 20. Januar stattgehabte Versammlung brachte als interessantesten Punkt einen Vortrag des Kollegen Wehling über den Anlageapparat „Universal“. Ungewöhnliche Aufmerksamkeit und Beifall bekundeten die Zufriedenheit der Anwesenden mit den Ausführungen des Vortragenden. Eine lebhaft Diskussion förderte manche schätzenswerte Gesichtspunkte zutage. Nach Erledigung des „Geschäftlichen“ und verschiedener Interna erfolgte der Schluß der Versammlung. — Am 22. Februar fand die ordentliche Generalversammlung statt. Vorsitzender Klös erstattete den Jahresbericht in ausgiebiger Weise. Eingangs seiner Worte erwähnte der Redner die Einsetzung des neuen Tarifs und seine Begleiterscheinungen, wonach wesentliche Schwierigkeiten nicht zu konstatieren

waren. Unser Vereinsleben erfreut sich im allgemeinen gesunder Verhältnisse. Den Bericht der Technischen Kommission gab Kollege Kreiner. Er ließ sämtliche Veranlassungen technischer Natur nochmals Revue passieren, deren Menge letzte Zeugnis ab von der Arbeitsfreudigkeit verschiedener Kollegen. Der Kassierbericht zeigte ein erfreuliches Bild, und es wurde dem Kassierer Baumgärtner einstimmig Entlastung erteilt. Die darauffolgende Vorstandswahl fand rasch ihre Erledigung, da der gesamte Vorstand wiedergewählt wurde. Aber „Das Druckbuch und seine praktische Anwendung“ sprach sodann Kollege Lieger. Die Ausführungen wie auch die Diskussion erweckten ein lebhaftes Interesse. Zum Schlusse wurde ein Antrag des Vorstandes angenommen, wonach den auswärtigen Kollegen im Laufe des Jahres zu drei Versammlungen das halbe und zur Generalversammlung das ganze Fahrgeld aus der Vereinskasse vergütet wird. — Die Versammlung am 12. April erledigte zunächst das Geschäftliche. Ein Zirkular der Gauvereinerung betreffend Verlegung des Vororts rief eine gewisse Enttäuschung hervor. Das Stiftungsfest, welches bisher in Form einer Exkursion gefeiert wurde, wird dieses Jahr unsere Mitglieder zu einem Ausflug in den Saunus vereinigen, wofür ein Zusammenkommen mit Frankfurter und Wiesbadener Kollegen in Eppstein geplant ist. Die Kundgebung der Neujahrskarten von der Zentralkommission bildete den Punkt „Technisches“. Ein kleines Referat und die Bewertung der einzelnen Druck-erzeugnisse regten eine lehrreiche Aussprache an.

**Meißen.** Am 20. April fand unsere erste diesjährige Bezirksversammlung, verbunden mit Druckachenausstellung, im „Kaisergarten“ statt. Die Ausstellung war besichtigt von den Orten Meißen, Radebeul, Kößchenbroda, Großenhain, Weinböhla, Riela und Wilsdruff und umfaßte eine reiche Auswahl der verschiedensten Erzeugnisse des Gesellschaftsverkehrs sowie Kataloge und Werkdrücke. Bezirksvorsitzender Ambrosch hielt die zahlreich erschienenen Kollegen herzlich willkommen. Als Referenten und Kritiker hatte man Kollegen Staßny (Dresden) gewonnen, welcher es in seinem Referat ausgezeichnet verstand, die Zuhörer zu fesseln. Einleitend gab er einen geschichtlichen Rückblick auf die Entwicklung der Buchdruckerkunst. Er leitete die Ausstellung in drei Gruppen und gestand der ersten, allerdings nur einzelne Firmen umfassen, zu, daß sie vollst in der Lage sei, zeitgemäß ausgestattete Druckmaschinen zu liefern, die sich den besten Arbeiten großstädtischer Druckereien an die Seite stellen ließen. In der zweiten Gruppe sei noch der Kampf zwischen moderner und alter Richtung wahrzunehmen; eine dritte, nur kleine Gruppe, arbeite noch nach dem alten Modus, was vermuthlich auf den Mangel modernen Materials zurückzuführen sei. Die Ausstellung zeige im großen Ganzen so recht, wie auch die Provinz-kollegen bestrebt seien, nur Gutes zu schaffen, nicht zuletzt zum Nutzen der Prinzipale. Er verurteilte scharf die in letzter Zeit in das Prinzipalsorgan, „Lancetten“, „Prüfung“, worin der Gehilfenschaft ein Zurückgehen der Leistungen vorgeführt wird. Einer drückenden Gegenbeweis hätte diese Ausstellung. Den Schluß bildete eine Beschreibung des neuen Rotationsbilderrucks. Reicher Beifall lohnte dem Referenten für seine Ausführungen. Kollege Ambrosch dankte ihm im Namen der Versammlung. — In der Nachmittagsstunde, zu welcher Kollege Reichenbach (Dresden) als fesselnder Gausvorsteher anwesend war, wurde über Anträge zur Verbandsgeneralversammlung verhandelt. Kollege Reichenbach sprach zunächst über die Unterfützungsanträge des Gausvorstandes, deren Annahme empfehlend. Kollege Piesch (Meißen) sprach über den Antrag „Anzugshosen“ und wünschte die Streichung der Worte „freiwillig umziehende“. Die Versammlung sprach sich für den Antrag Meißen, bei Ablehnung desselben für den Eventualantrag Kiel aus. Hierauf unterbreitete Kollege Ambrosch den Kollegen die Vorschläge zu unserm Bezirks-jahrestreffen, welches am 29. Juni stattfinden soll. Die Versammlung war damit einverstanden. Unter „Verschiedenem“ kam noch eine tarifliche Angelegenheit aus dem Bezirke zur Sprache, wobei das Verhalten eines Kollegen scharf verurteilt wurde. Von der Gründung einer Bezirks-kasse wurde aus besonderen Umständen noch abgesehen. Ein Vorschlag auf Ausschreibung eines Entwurfs zur Einladungskarte im Bezirke wurde einstimmig angenommen. Hierauf empfahl Kollege Staßny die Gründung einer graphischen Vereinigung im Bezirke Meißen. Die Versammlung war damit voll und ganz einverstanden und schritt alsbald zur Gründung einer solchen Vereinigung, welcher etwa 20 Mitglieder beitraten. Aus der Präsenzliste war zu ersehen, daß Meißen durch 27, Radebeul 10, Kößchenbroda 4, Großenhain 22, Weinböhla 5, Riela 15 und Wilsdruff durch 6 Kollegen vertreten waren. Kollege Ambrosch dankte am Schlusse der Versammlung den Kollegen für das an den Tag gelegte Interesse. Auch an dieser Stelle danken wir der Firma C. E. Kintisch & Sohn (Meißen) für das kostenlose Aufnehmen der Inzerate und für die unentgeltliche Herstellung der Druckachen zur Ausstellung.

ooooooooo Rundschau oooooooooo

**Ferienverlängerung!** Bei der Firma W. Girafel, „Düsseldorfer Generalanzeiger“ (Düsseldorf), wurden letzter bei 3-25jähriger Tätigkeit 6, bei über 25jähriger Tätigkeit 12 Tage Ferien gewährt. Nun wurden die Ferien infolgedessen erweitert, daß nach 10jähriger Tätigkeit 7, nach 15 Jahren 8 und nach 20 Jahren 9 Tage Ferien gewährt werden. — Ferner wurde das Gesamtpersonal der Verlagsanstalt vom G. J. Manz Aktiengesellschaft in München durch eine ausgiebige Ferienverlängerung überrascht. Bisher bekamen die Angestellten bei 2jähriger Tätigkeit

3. Tage, bei 5jähriger Tätigkeit 1 Woche Ferien. Diese Sätze wurden nun ergänzt, indem bei mehr als 10jähriger Tätigkeit 9 Arbeitstage, bei 20jähriger 12 Arbeitstage als Erholungsurlaub gewährt werden. 23 bzw. 12 Kollegen treten in den Genuss des erhöhten Urlaubs, abgesehen vom übrigen Personal.

**Zeitungssubstanz.** Das „Kölnner Tageblatt“ konnte am 3. Mai auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken. Eine inhaltlich wie in technischer Hinsicht gut gelungene Jubiläumssnummer gibt davon Kenntnis und erfreut die Leser zugleich mit einer planvollen Schilderung des Werdeganges der Zeitung. Ein Artikel über die Kölnner Buchdrucker und das Kölnner Zeitungswesen vom 15. bis 19. Jahrhundert stempelt die Jubiläumssnummer auch für weitere Kreise des graphischen Gewerbes zu einer beachtenswerten Publikation.

**Kapitalkonzentration und Fusion im deutschen Zeitungsgewerbe.** Wie die „Post“ zu berichten weiß, hat der bekannte Berliner Zeitungsvorleger August Scherl in Berlin acht Millionen Stammaktien seiner Gesellschaft an ein Konfinkon verkauft, dem außer einer Berliner Großbank in erster Linie der Verleger des „Berliner Tageblatts“, Rudolf Mosse, angehört. Scherl soll sich verpflichtet haben, noch drei Jahre lang die Geschäfte des „Berliner Lokalanzeigers“ zu führen und den Konzern nach außen hin zu repräsentieren. Von anderer Seite wird diese Mitteilung dahin ergänzt, daß auch der sogenannte Such-Konzern an der Fusion beteiligt ist. Die „Buchdruckerwoche“ ergänzt diese Mitteilung durch folgende Bemerkung: Es gibt im ganzen zehn Millionen Mark Stammaktien, die stimmrechtlos sind. Davon verfügt Herr Rudolf Mosse namentlich über acht Millionen. Außerdem hat er für mehrere Millionen Mark Vorzugsaktien, die nicht stimmrechtlos sind und die den Wert von Obligationen haben. Diese mehrere Millionen Mark Vorzugsaktien hat Herr Rudolf Mosse zu verschiedenen Zeiten erworben, so einmal anderthalb Millionen, ein zweitesmal ebenfalls anderthalb Millionen und schließlich eine Million.

**Buchhändlerstreik in Arnstadt.** Die Buchhändler der Geschäftsbücher- und Formularhäuserfabrik Buch & Töle in Arnstadt haben wegen wiederholter Entlassungen von Vertrauensleuten ihrer Organisation und wegen sorgloser schlechter Behandlung und Bezahlung die Arbeit niedergelegt. Wie die „Arnstädter Volkszeitung“ berichtet, wurden nun die bei der Firma beschäftigten Buchdruckerlehrlinge zur Verrichtung von Streikarbeit durch den Faktor Albrecht, der Mitglied des Gutenbergsbundes ist, gezwungen. Ein anderer Gutenbergsbündler soll die Streikenden, die nicht nur wegen der organisationsfeindlichen Haltung der Firma in den Ausnahmefällen sind, sondern auch wegen drohender Ablehnung eines Tarifabschlusses, als Lumpen bezeichnet haben. Es ist außerdem zu beachten, daß die befreite Firma zum Teil auch Lieferungen für Genossenschaften und Gewerkschaften ausführt.

**Überfallige Sozialisierung der Volksversicherung.** In den Kreisen der Abstinenzbewegung machte sich schon seit längerer Zeit das Bestreben bemerkbar, von den Lebensversicherungsvereinen unter Hinweis auf die Risikominderung, welche die Alkoholkonsumtion mit sich bringe, besonders günstige Versicherungsbedingungen zu erlangen. Die Gesellschaften kamen nach eingehender Prüfung zu dem Entschlusse, von Fall zu Fall zu entscheiden, da die Zugehörigkeit zu einer Abstinenzorganisation an sich keinen Rückschluß auf den Gesundheitszustand gestatte und auch für das Andauern der Alkoholabstinenz keine absolute Gewähr biete. Namentlich ist ein besonderer Abstinenzlebensversicherungsverein auf Gegenseitigkeit in Hamburg gegründet und zum Geschäftsbetrieb im Deutschen Reiche zugelassen worden. Das erscheint angesichts der Gründung der „Volksfürsorge“ als ebenso ungerecht wie unzulässig. Die Bewegung gegen den Alkoholmißbrauch hat nirgends mehr Förderung gefunden als in den Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse. Schon angesichts dieses Umstandes hätte die neue Gründung unterbleiben müssen. Außerdem bieten die Abstinenzorganisationen mit ihrer im Vergleich zu der Zahl der Mitglieder der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen verschwindend geringen Anzahl von Mitgliedern wirklich keine sichere Grundlage für eine Volksversicherung. Zieht man ferner in Betracht, daß in den Abstinenzvereinen die Anzahl der ehemaligen Alkoholiker, die sich zu ihrer Rückenstärkung dem Zwang einer Organisation unterordnen, keine geringe ist, so ist nicht einmal anzunehmen, daß die Sterblichkeit in den Kreisen der Abstinenzler eine geringere sein wird als allgemein in den Kreisen der organisierten Arbeiterklasse. Ganz abgesehen davon, daß vom Volksinteressenstandpunkte jede Zersplitterung der Kräfte auf dem Gebiete der antikapitalistischen Volksversicherung beklammert werden muß, ist deshalb auch gar nicht daran zu denken, daß die Abstinenzlebensversicherung auf die Dauer insstande sein wird, mehr zu leisten als die „Volksfürsorge“.

**Zur Aussperrung im Malergewerbe.** Der Unternehmerverband beweist immer mehr, daß er bei Inzenerierung seiner Machtpotenz keine Kräfte und keinen Einfluß bedeutend überschätze. Schon ist eine große Reihe Städte abgefallen; 79 Städte haben überhaupt nicht ausgesperrt, und es mehren sich die Vorkämpfer, wo die Aussperrung völlig erlosch. Dort entsteht für die Unternehmer die Gefahr, daß bei günstiger Gelegenheit die Gehilfen auf den Abschluß eines Tarifvertrags drängen, wenn inzwischen kein Reichstarifvertrag zustande kommt. Und dabei wird die sicher noch zu erwartende günstige Sommeraktion, nachdem das Frühjahrsgeschäft durch die Aussperrung gründlich verpufft wurde, gute Selbstdienste leisten; dazu kommt, daß in weiten Gebieten des Reichs von den Meistern ein neuer Tarifabschluß gewünscht wird, um wieder zu geordneten Verhältnissen und zu jener Sicherheit

vor plötzlichen „Überrumpelungen“ durch die Gehilfenorganisationen“ zu kommen, die man den Meistern jahrelang als den besonderen Wert des Tarifvertrags gepredigt hat. Ein Teil der Unternehmer aber, vor allem in Norddeutschland und im Rheinlande, treibt die Scharfmacherei in unfinniger Weise weiter. Meist sind diese Scharfmacher allerdings Meister, die nichts zu verlieren haben. Die Zwangsmaßnahmen gegen die Unternehmer, die nicht in das Horn der Scharfmacher blasen, werden trotz der Erklärung des Ministers v. Endow im preussischen Abgeordnetenhaus ungehindert fortgesetzt, wenn auch mit recht negativem Ergebnisse, denn die Aussperrung läßt sich künstlich und mit ungeheuerlichen Mitteln nicht stützen. Ebenso wie auf die Entscheidungen der Aufsichtsbehörden pfeifen die Zwangsmaßnahmen, die von Scharfmachern des Arbeitgeberverbandes geleitet werden, auf die erwählte Ministererklärung, nach der die Zwangsbeschlüsse der Innungen und die dadurch verhängten Strafen ungesetzlich sind. So beschloß u. a. — nach den Debatten im preussischen Abgeordnetenhaus — die Düsseldorf-Zwangsinnung folgendes: „Die Innungsverammlung hält an dem Beschlusse vom 10. März ausdrücklich fest und erweitert ihn dahin, daß auch das Unterzeichnen der Sonderartikeln gegen die Standesbehrer verbotlich und von der Innung verboten wird. Für die Übertretung dieses Beschlusses wird die statutengemäße Strafe von 20 Mk. festgesetzt.“ Wie würde man weinern, wenn Arbeiterorganisationen ebenso Gesetze und Regierungserklärungen verhöhnen würden! Die Vertreter der Unternehmerverbände aber sind frohdem in den Ministerien gern gesehene Gäste, von denen diese sich, wie das Ministerium des Innern, periodisch einseitig Bericht über die Aussperrung im Malergewerbe erstatten lassen. Und auf Grund solcher durch einseitige Berichte gebildeter Auffassungen werden schärfere gesetzliche Maßnahmen gegen die Arbeiter vorbereitet! Der Kampf im Malergewerbe liefert wertvolle Illustrationen zu diesem Kapitel.

**Unternehmerhochmut und Arbeiterrecht.** Es ist nichts Neues, daß Arbeiter, in deren Gewerbe keine tarifliche Rechtsprechung vorhanden ist, oft außerordentliche Schwierigkeiten haben, wenn sie ihre Rechte wahren wollen. Nicht selten werden sie, wenn sie solches nur versuchen, sofort entlassen. Diese Praxis ist leider weiter verbreitet als viele Arbeiter, die unter tariflich geregelten Arbeits- und Rechtsverhältnissen arbeiten, nur ahnen. In letzter Zeit ist es sogar vorgekommen, daß ein Vertreter der Unternehmer sich nicht einmal mehr genierte, vor Gericht offen auszusprechen, daß jeder seiner Arbeiter, der vor Gericht sein Recht geltend zu machen sucht, einfach herausgeschmissen werde. Es handelte sich um einen Streikfall gegenüber der großen Ziegeleifirma Otto in Zwickau. Diese hatte 16 Arbeiter für das Ausfahren der in den Aprilprüfungen zerstorbenen Ziegel einen so geringen Akkordehohn nachträglich festgesetzt, daß die Arbeiter noch bekräftigt unter dem Schandenlohn entlassen wurden. Als der Angestellte des Arbeitgeberverbandes, nach erfolgloser Intervention, zugunsten der Arbeiter, in deren Namen die Klage beim Gewerbegericht eingereicht hatte, legte der Inspektor der Firma den Leuten die Kündigungsspitze auf die Brust und ludte sie zum formellen schriftlichen Verzicht auf ihre Forderung zu bewegen. Er erreichte aber nur bei einem sein Ziel. Die andern erhielten darauf ihre Kündigung. Vor dem Gewerbegericht sagte der Inspektor dem Vertreter der Kläger, um diese zur Zurückziehung der Klage zu bringen: „Ich habe den Leuten gekündigt, sie haben aber darauf erklärt, daß sie sich lieber zufriedengeben und weiterarbeiten wollen.“ Als er darauf aufmerksam gemacht wurde, daß er nur bei einem Manne damit Erfolg gehabt habe, daß aber die übrigen 15 noch auf ihrem Recht bestehen, antwortete er: „Die stehen schon in Kündigung, und wenn die Leute ihre Klage nicht zurückziehen, dann müssen sie aufhören.“ Als schließlich auf Vorschlag des Vorsitzenden ein Vergleich auf Widerruf erfolgte, der den Arbeitern einen Teil ihrer Forderungen erfüllte und dafür die Kündigung wieder aufhob, verurteilte der Inspektor durch nochmalige Drohung mit Entlassung der Kläger deren Vertreter zu zwingen, die Arbeiter zur Annahme des Vergleichs zu drängen: Wenn der Vergleich widerrufen wird, werden die Leute entlassen. Dieser Fall beleuchtet so recht drastisch die brutale Gewalt, die heutzutage noch ein Unternehmer gegen Arbeiter ausüben kann, die, ohne eine starke Organisation hinter sich zu haben, einzig und allein auf die allgemeinen öffentlichen Gesetze angewiesen sind. Ferner bildet dieses Verfahren auch einen drohenden Gegensatz zu der nicht seltenen Rechtsauslegung, daß Arbeiter, die durch Androhung eines Streiks den Unternehmer zur Erfüllung von Lohnforderungen veranlassen wollen, wegen Erpressung bestraft werden sollen.

**Den christlichen Streikbruchführern ins Stammbuch.** Der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter hat den Deutschen Bergarbeiterverband um Waffenstillstand angefleht. Er hat den letzteren ersucht, in einigen Revieren gemeinschaftlich in eine Lohnbewegung einzutreten. Der Bergarbeiterverband ist durchaus nicht abgeneigt, den Wünschen der christlichen Organisation nachzugeben; nur soll diese durch die Tat beweisen, daß es ihr ernst mit ihren Aktionen und der Interessenvertretung der Bergarbeiter ist. Der Verband erklärte bestimmt, daß er dort, wo der Gewerkschaften in einen Streik verwickelt werde, seine Mitglieder veranlassen werde, den christlichen Kameraden durch Streikbruch nicht in den Rücken zu fallen. Kurz und auf, der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter solle ernstlich zeigen, daß er sich gebietet hat, dann steht einem gemeinschaftlichen Zusammenwirken nichts mehr im Weg. Aber die christliche Organisation denkt nicht daran, den Frieden zwischen den Verbänden heraufzujagen; was sie veranlaßt, um Waffenstillstand zu betteln, ist nichts anderes als die gewalttätige Mitgliederlust, die so stark ist, daß der christliche Gewerkschaften nicht mehr wagt, über seine Monats-

einnahme wie früher öffentliche Abrechnung abzulegen. Im Hinblick vor dieser Mitgliederlust zu reffen, war der Gewerkschaften noch auf einen andern Einfall gekommen. Er hieß die Mitglieder des Bergarbeiterverbandes gegen ihre Führer auf, die „vernünftigen“ Verbandsmitglieder sehnlich nach Frieden mit dem christlichen Gewerkschaften, nur die Führer suchten den gegenwärtigen Zustand aufrechtzuerhalten. Wie die Verbandsmitglieder über die schlaue Fälsche im Gewerkschaften und über diesen selbst denken, darüber gibt uns folgende Entschlüsselung einer Zahlstelle des Verbandes unzweideutige Aufklärung. Wir geben diese einseitig angenommene Entschlüsselung, die das Ergebnis mehrstündiger Beratung war und die die Meinung der gesamten Mitglieder des Verbandes kundgibt, hier im Auszuge wieder: „Die Taktik der Verbandsführer den Streikbruchgewerkschaften gegenüber ist die einzig richtige. Handelt untre Führer anders, so würden sie die Interessen der Bergarbeiter genau so verletzen, wie dies die „Christlichen“ im März 1912 getan haben. Mit Neuten, die ihre Mitglieder zu offenem Streikbruch verführen, dürfen wir keine gemeinsame Sache machen. Die Führer des „christlichen“ Gewerkschaften haben kein Recht, sich fortgesetzt darüber zu beklagen, daß sie von uns Streikbruchführer genannt werden, weil es geschichtliche Wahrheit ist, daß sie den Streikbruch bemüht und gegen den Willen eines großen Teils ihrer Mitglieder organisiert, daß sie den Bergleuten das Brot aus der Hand geschlagen, daß sie die ganze Bergarbeiterklasse verraten, viele in bitterste Not und Elend oder ins Gefängnis gebracht haben. Wenn die verführten Mitglieder des Gewerkschaften in Zukunft sich bessern, können wir ihnen den Sudasstreich verzeihen, vergessen werden wir es niemals. Aber den Führern der „Christlichen“ können wir die an uns verübte Schurkenhaft niemals verzeihen, dazu war die Schädigung des Bergarbeiterstandes zu groß. Das Wort Streikbruch ist hart. Wir begreifen es, daß dieses Krainszeichen schmerzt, daß es brennt in ihrem bösen Gewissen. Aber sie haben es „ehrlich“ verdient. Menschen, die die Niederlage ihres Standes, ihrer Berufskameraden, als Sieg bezeichnen und feiern, die offenbaren wahrlich eine Rohheit der Gefinnung, die sich nicht mehr schämen läßt, und sie brauchen sich nicht mehr zu wundern, wenn ihnen diese Tat bis ins Grab nachgefragt wird. Viele ehrliche Gewerkschaftenmitglieder haben auch das gewaltige Unrecht eingesehen, sie haben scharenweise den Streikbruchgewerkschaften verlassen. . . . Darum das kampfshafte Bemühen, ein neues Zusammenarbeiten mit dem Verband anzubahnen; darum das fortgesetzte Winkeln um die Kampfeinstellung gegen die Streikbruchführer wenigstens auf ein halbes Jahr; darum der Appell an die Verbandsmitglieder, sie sollten ihre Führer zur Änderung der Taktik veranlassen; darum auch das eltselhafte Geschrei im „Bergknappen“, daß der Verband keinen Frieden und keine gemeinsame Lohnbewegung will. Diese Taktik der Spitzbuben: „Haltet den Dieb“, kann keinen denkenden Arbeiter verblüffen; dafür sind die „Christlichen“ zu sehr erkrankt. „Geschichte wird ihnen“ das „ganzes“ Geschrei nicht mehr stützen. Je mehr sie schreiben, desto mehr wird uns die Überzeugung beigebracht, daß wir das Richtige getroffen haben. Darum: Kein Pardon dieser arbeiterschädigenden Heuchlergesellschaft! Nicht locker gelassen, bis sie durch die Tat beweisen, daß sie sich gebessert haben oder bis sie so weit geschwächt sind, daß sie uns keinen Schaden mehr zufügen können.“

**Internationale Arbeiterkühkonferenz.** Zur Besichtigung der Internationalen technischen Konferenz, die im September in Bern zusammenzutreffen soll, um die Grundlagen für ein internationales Abereinkommen wegen des Verbots industrieller Nachtarbeit jugendlicher Arbeiter und der Regelung der Arbeitsdauer für Frauen vorzubereiten, haben sich bisher zehn Staaten bereit erklärt. Insbesondere haben auch Frankreich und Großbritannien, die sich bisher noch nicht geäußert hatten, zugestimmt.

**Gewerkschaftsnachrichten.** Die zentralen Verhandlungen im Baugewerbe wurden am 30. April zu Ende geführt. Es sind von den Unparteilichen für viele Orte minimale Lohnerböhen vorgeschlagen worden, ebenso einige geringe Konzessionen bezüglich der Arbeitszeitverkürzung; letztere jedoch nur für Freiburg i. B., Halle, Karlsruhe, Kassel, Darmstadt, Dortmund, Duisburg, Essen, Mainz und Stuttgart, wo 9/10 Stunden tägliche Arbeitszeit ab 1. April 1915 bei entsprechender Erhöhung des Stundenlohns zur Einführung kommen soll. Die Annahme oder Ablehnung dieser letzten Resultate seitens der Vertragsparteien ist noch nicht entschieden. — Die Binnenschiffer haben die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen, da der Zentralverband der Maschinen- und Heizer schon vor einigen Tagen den gleichen Beschluß faßte und die Unternehmer nur dann in ein Vertragsverhältnis einwilligen wollen, wenn Heizer und Schiffer zusammen als Kontrahentenorganisationen in Frage kommen. — Der Streik der oberchristlichen Bergarbeiter dauert unverändert fort. Nach neuesten Meldungen hat sich die Zahl der Streikenden auf 75 000 erhöht. Die Regierungsbehörde hat sich zur Vermittlung bereit erklärt.

### Briefkasten.

B. J. in E.-A.: Uns ist ein solches Buch nicht bekannt; vielleicht kann Ihnen aber der Vorsitzende der Zentralkommission der Maschinenmeister Deutschlands, Kollege G. Suf in Berlin-Tempelhof, Berliner Straße 81, Hof III, ein solches angeben. — An Verchiedene: Erfinder der in Nr. 49 unter „Rundschau“ erwähnten Maschine zum Einschleichen von Zeitungsbögen ist der Stereotypen Georg Michel in der „Fränkischen Tagespost“ in Nürnberg. — M. B. in Arolsen: Wir haben Ihre Anfrage dem Kollegen Gildenberg überandt. — Nach Büßl: Fredl. Dank! —

**B. A. in G.:** Bochumer „Volksblatt“ dankend erhalten; nächste Nummer. — **M. D. in G.:** Ist doch zu nichts-sagend. **B. M. in A.:** Empfangen, in nächster Nummer darüber etwas. — **B. F. in Frankfurt a. D.:** 1,85 Mk. — **E. B. in Berlin:** 2,30 Mk.

Die Vorstände der Gaue Dresden, Mittelrhein, Ober-Osternland-Thüringen, Posen, Rheinland-Westfalen und Westpreußen, deren Rechenschaftsberichte noch nicht erschienen, bitten wir um baldgefällige Überendung der Tabelle über die Leistungen der Gauen, Bezirks- und Orts-kassen.

Die Redaktion.

**Verbandsnachrichten**

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamsillopfplatz 5 II.  
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

**Gau Osternland-Thüringen.** (Resultat der Delegiertenwahl für die Generalversammlung des Verbandes.) Abgegebenen Stimmen 951, davon waren 26 ungültig. Es erhielten Stimmen **Magner (Strasbourg)** 678, **Siegfried (Kolmar)** 572, **Kunkler (Strasbourg)** 488. Die gesperrt gedruckten Namen sind die der Gewählten.

**Gau Mecklenburg-Lübeck.** (Delegiertenwahl zur Generalversammlung.) Abgebene Stimmzettel 547, weiß 1. Absolute Mehrheit 274. Es erhielten Stimmen: **Dahncke (Schwerin)** 438, **Durach (Lübeck)** 97, zerpfittert 11. Kollege **Dahncke** ist somit gewählt. — Weiter erhielten Kollege

**Körner (Lübeck)** 413, **Durach (Lübeck)** 105. Stimmen, zerpfittert 21, weiß 8.

**Gau Osternland-Thüringen.** Bei der Delegiertenwahl zur Generalversammlung wurden 2122 gültige Stimmzettel abgegeben. Demnach ist die absolute Mehrheit 1062. Es erhielten Stimmen: **Prox (Weimar)** 1845, **Stange (Erfurt)** 1462, **Reichmann (Naumburg)** 1453, **Bähringer (Sena)** 1343, **Schubert (Gera)** 1157, **Sturm (Altenburg)** 1146, **Etzhöfer (Gotha)** 993, **Buffe (Koburg)** 621. Die ersten fünf Kollegen sind somit gewählt. Zerpfittert waren 29 Stimmen.

**Steffin.** Die Seher **Hans Steger** aus Kiel (Hauptbuchnummer 41538), **Georg Kücken** aus Steffin (Hauptbuchnummer 54727) und **Willi Gieske** aus Steffin, (Hauptbuchnummer 42484) werden gebeten, ihre Adressen an den Kassierer **M. Ranger**, Steffin-Grünhof, Neue Straße 5 a III, einzufenden.

**Adressenveränderungen.**

**Brieg.** Infolge Abreise des bisherigen Vorstehenden sind bis auf weiteres sämtliche Zuschriften an **Otto Schneider**, Logaufstraße 19, zu richten.

**Zur Aufnahme gemeldet**  
(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigefügte Adresse):  
In **Freiburg i. B.** der Seher **Wilhelm Reichardt**, geb. in **Mugsburg** 1893, ausgl. in **Schwabmünchen** 1911; war schon Mitglied. — **Fr. Müller**, **Katharinenstraße** 12.

In **Neurode** der Redakteur **Karl Herrmann**, geb. in **Reinerz** 1886, ausgl. dal. 1904; war schon Mitglied. — **Fritz Köchel** in **Waldenburg i. Schl.**

In **Reddinghausen** der Seher **Heinrich Landua**, geb. in **Friesenheim (Rheinheffen)** 1891, ausgl. in **Gau-Altgesheim** 1909; war noch nicht Mitglied. — **G. Friedemann** in **Bochum**, **Wiemelhauser Straße** 42.

In **Luxemburg** der Seher **Wilhelm Weisbuch**, geb. in **Mahen bei Koblenz** 1888, ausgl. dal. 1905; war schon Mitglied. — **W. Bastendorf**, **Philippstraße** 9.

**Arbeitslosenunterstützung.**

**Breslau.** Der Drucker **Reinhold Minge** aus **Kerzendorf** (Hauptbuchnummer 78270) verlor angeblich auf der **Tour Breslau-Neurode** seine Reiselegitimation, datiert vom 3. Mai. M. erhielt ein Duplikat ausgehändigt.

**Schwerin i. M.** Der Seher **Wolff Pfaff** (Hauptbuchnummer 7325), geboren in **Gr.-Zarnow (Kr. Wris in Pommern)**, zuletzt in **Sternberg i. M.** in **Kondition**, ist ohne Buch und Bezahlung von Beiträgen abgereist. Derselbe wird um Angabe seines derzeitigen Aufenthalts an **R. Dorn**, **Eisenbahnstraße** 12 II, ersucht. Die Herren Funktionäre werden gebeten, Pl. auf diese Notiz aufmerksam machen zu wollen.

**Verammlungskalender.**

**Düsseldorf.** Bezirksversammlung **Samstag**, den 25. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr, im „**Stadtpark**“ in **Reuß**.

**Elmsborn.** Versammlung **Sonabend**, den 10. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im „**Großen Hause**“.

# Fünfter Kongress der Schriftgießer Deutschlands

**Eröffnung am Sonntag, dem 17. August, vormittags 9 Uhr, in Hamburg, im „Gewerkschaftshaus“ (Bejenbinderhof 57—66). — Außer dem Sonntag sind vier Sitzungstage in Aussicht genommen**

## Tagesordnung

1. Bericht der Zentralkommission: a) Geschäftsbericht; b) Kassenbericht; c) Statistik.
2. Situationsberichte.
3. Stellungnahme zur gewerblichen und tariflichen Lage.
4. Aussprache über die Erfahrungen an der Monotypiegießmaschine.
5. Anträge.
6. Wahl der Zentralkommission.

Anträge sind bis Ende Juni an die Zentralkommission einzufenden. Die Lokalvereine haben bis zu 50 Verbandsmitgliedern einen Delegierten, 50—100 Mitgliedern zwei Delegierte, auf je weitere 60 Verbandsmitglieder einen Delegierten mehr und auf überzählige 30 Verbandsmitglieder einen Delegierten mehr zu wählen. Die Wahl erfolgt durch Abstimmung der Verbandsmitglieder. Die Hilfsarbeiter der größeren Städte haben das Recht, je einen Delegierten zu entsenden.

**Die Zentralkommission der Schriftgießer**

**Ein zuverlässiger Korrektor, ein Maschinenmeister**  
für seinen Werkdruck in dauernde Stellung gesucht. Schriftliche Bewerbungen unter Nr. 740 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

**Leipziger Druckerei** 1698  
günstig zu verkaufen. Zwei Schnellpr., gültige Miele und viele Verlagsaufträge. Normalböde. Offerten unt. **Verlag 7009** hauptpostl. Leipzig, erb.

**Stereotypen**  
perfekt in Rund- und Flachstereotypie, für Nacharbeit zum sofortigen Eintritt gesucht. Off. mit Gehaltsanpr. an die **Frankfurter Nachrichten** Frankfurt am Main

**Als Seher od. Aufräumer**  
sucht sich junger Seher in dauernde Stellung zu verändern. Offerten unter Nr. 741 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

**Junger Maschinenmeister**  
sucht sich zu verändern. Gest. Offerten unter E. M. 1913 postlagernd **Altenburg (S.-L.)**.

**Stereotypen**  
auch fester Seher, sucht Stellung. Offerten unter „Rose“ postlagernd **Mittheilung (N.-L.)** erbeten.

Ein wirklich gutes Fernglas erhöht den Genuß jeder Reise. Ausgewähltes Fernglas 12,50 Mark fr., einjährl. gewährt gutes Fernglas 12,50 Mark fr., einjährl. Fernglas sende für lang. Sie kostenfr. Prospekt mit Abbildung vom **Verbandshaus** praktischer Gebrauchsgegenstände, **Berlin NO. 55**.

Postkarte an **Johann Meier**, **Hamburg 54 b, Rosenstraße 47**, schreiben. Illustrierte Preisliste über Dauerwäse, Scherzartikel, interessante Bücher gratis und fr.

**5 Pf.** mit sämtlichen Einteilungen 20 Pf. **C. Frey**, **Frankfurt am Main 3**.

**Mitgliedschaft Chemnitz**  
Zu dem am 12. Mai (2. Pfingstfeiertag), vormittags 10 1/2 Uhr, im „**Schlagerrestaurant**“ gemeinsam mit dem **Gesangsverein „Gutenberg“** stattfindenden **Frühstücken** werden alle Kollegen freundlichst eingeladen. [731]

**Die Meisterprüfung**  
behandelt in Fragen und Antworten eingehend der 2. Band der **Sammlung Buchgewerbliches Wissen; Handbuch zur Vorbereitung auf die Deutsche Buchdruckgewerbe**  
in Ganzleinen geb. 4,20 Mk. inkl. Porto  
Kalkulation, Buchführung und Gesetzkunde, die drei wichtigsten Abschnitte des Prüfungsstoffes, sind in dem Werke ausführlich behandelt; dasselbe ist zugleich ein vorzügliches Lehrbuch für jeden strebsamen Buchdrucker.  
**Verlag Julius Mäser, Leipzig**

**Gutenbergbüsten** in **Alabaster- oder Gips-**beimasse zu **Mk. —,90**, 2,25, 6, 7,50, 18, 22,50 und 36 je nach Größe empf. heißt **St. Sigi, München 2, Holzstraße 7**.

Am **Donnerstag**, dem 1. Mai, verschied infolge eines **Angstschlages** unser werter Kollege, der **Stereotypist** [737]

**Karl Eigendorf**  
aus **Ruhleben a. d. Unstrut**, im 55. Lebensjahre.  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die **Stereotypen- und Galvanoplastiker des „Berliner Tageblatts“**.

Am 30. April verstarb nach kurzem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Seher [735]

**Oswald Göpfer**  
im Alter von 44 Jahren. Sein kollegialer Sinn und offener Charakter sichern ihm bei uns allezeit ein ehrendes Andenken.  
Mitgliedschaft **Chemnitz**.

Nach kurzem Krankenlager verstarb am 3. Mai unser werter Mitglied, der Seher-invalide [739]

**Georg Schütz**  
aus **Bamberg**, im 76. Lebensjahre.  
Der Vorkämpfer war Mitbegründer des **Gaus Mittelrhein** und ehemaliger **Gauvorsitzer**. Er gehörte dem **Verbande** seit seiner Gründung an.  
Sein gerader Charakter und seine im Dienste der **Organisation** geleistete Arbeit sichern ihm ein dauerndes Andenken.  
**Bezirksverein Mainz**.

Am 1. Mai verstarb infolge eines **Angstschlages** unser werter Mitglied, der **Maschinenmeister** [744]

**Bernhard Mozisch**  
aus **München**, 43 1/2 Jahre alt.  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm **Die Mitgliedschaft München**.

Am 3. Mai verstarb unser werter Mitglied, der **Maschinenmeister** [745]

**Georg Späth**  
aus **München**, 61 Jahre alt, an **Magenleiden**. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm **Die Mitgliedschaft München**.

Am 1. Mai verstarb infolge **Angstschlages** unser werter Mitglied, der **Schriftgießer** [748]

**Heinrich Moltrazie**  
aus **Köln**, im Alter von 21 Jahren. [736]  
Sein Andenken wird in Ehren halten **Der Ortsverein Köln (B. d. D. B.)**.

Am 1. Mai verstarb unser werter Inaktives Mitglied, der Seher [748]

**Heinrich Moltrazie**  
aus **Köln**, im Alter von 21 Jahren.  
Ein ehrendes Gedenken wird ihm bewahren **Der Gesangsverein „Typographia“, Köln**.

Am 2. Mai verstarb in **Guben** unser Mitglied, der Kollege [734]

**Ernst Weese**  
aus **Benigenjena**, im Alter von 32 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm **Der Bezirksverein Frankfurt a. D.**

Am 2. Mai verschied nach vorausgegangener Operation unser lieber Kollege, der **Maschinenseher** [746]

**Ernst Weese**  
aus **Benigenjena**, im 33. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm **Der Brandenburgische Maschinenseherverein, Sigi Berlin**.

**Todesanzeige**  
Am 1. Mai verstarb infolge **Angstschlages** unser werter Mitglied, der **Schriftgießer**

**Heinrich Moltrazie**  
aus **Köln**, im Alter von 21 Jahren. [736]  
Sein Andenken wird in Ehren halten **Der Ortsverein Köln (B. d. D. B.)**.

Am 1. Mai verstarb unser werter Inaktives Mitglied, der Seher [748]

**Heinrich Moltrazie**  
aus **Köln**, im Alter von 21 Jahren.  
Ein ehrendes Gedenken wird ihm bewahren **Der Gesangsverein „Typographia“, Köln**.

**Wilen und Binzelken**, Werkzeuge für **Son-**dinen empfiehlt **St. Sigi, München 2, Holzstraße 7**. Katalog gratis. [608]